Der Senator für
Inneres und Sport

Hochschule für
Öffentliche Verwaltung Bremen

Kommunale Kriminalprävention und Bürgerbeteiligung:

Zwischen "Wachsamer Nachbar"
und Hausaufgabenbetreuung?

Tagungsband

9. - 10. Mai 2012

Marriot Hotel Bremen

Die Tagung war Bestandteil des durch die EU-Kommission geförderten Projektes „Crime prevention in districts through horizontal approaches“.

„With the financial support of the Prevention of and Fight against Crime Programme of the European Union”

Inhalt

- Tagungsziel (Seite 03)

- Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen (HföV) (Seite 04)
- Senator für Inneres und Sport (SIS) (Seite 05)
- Kooperationsstelle Kriminalprävention (KSKP) (Seite 06)
- Institut für Polizei und Sicherheitsforschung (IPOS) (Seite 07)

- **Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Anmerkungen zu Erfolgen und Defiziten, Risiken und Nebenwirkungen**

  Dr. Wiebke Steffen, Mitglied im Programmbeirat des Deutschen Präventionstages - Vorstandsmitglied im Weissen Ring (Seite 08)

- **Community und Kriminalprävention – Wechselseitiger Nutzen**

  Prof. Dr. Paul Ekblom, University of the Arts London Research Centre on Design Against Crime (Seite 15)

- **Bürgerbeteiligung in der Kommunalen Kriminalprävention - Motive, Erfahrungen und Perspektiven**

  M. Sc. Charlotte B. Vincent, *Danish Crime Prevention Council* (Seite 23)

- **Neue Netzwerker gesucht - Perspektiven präventiven Handelns auf kommunaler Ebene in einer europäischen Bürgergesellschaft**

  Erich Marks, Landespräventionsrat Niedersachsen / Deutscher Präventionstag (Seite 28)

- **Ansätze und Herausforderungen zur Einbindung des Gemeinwesens in die Kommunale Kriminalprävention in baltischen Staaten**

  Evaldas Visockas, International Relations Office – Law Institute of Lithuania (Seite 39)

- **Aufgaben von CEPOL, das CEPOL Exchange program und Anknüpfungspunkte zur Kriminalprävention**

  Jürgen Fehler, Polizeioberrat - Seconded National Expert CEPOL-Exchance-Programme (Seite 45)

- **Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt**

  Prof. Dr. Bernhard Frevel, Hochschule für Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (Seite 52)

- **Der gute Bürger - Bereit deinen Beitrag zu leisten?**

  LL.M. Mats Glans, City Office Malmö – Departement of Societal Safety and Risk Management (Seite 57)

- **Aufbau der Kommunalen Kriminalprävention in Estland**

  M.E.S James W. Hilborn, Baltic Institute for Crime Prevention and Social Rehabilitation (Seite 65)

- **Bürgerbeteiligung in der Praxis**

  Andries Nederhoed, Polizei Groningen (Seite 72)

- **Kompetenzen in der Kommunalen Kriminalprävention**
  Dr. Rainer Hoffmann / M. A. Alexander Bähr, Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen / IPoS (Seite 78)

Tagungsziel

Bürgerbeteiligung in der Kommunalen Kriminalprävention hat unterschiedliche Facetten. Bürger begleiten Jugendliche durch die Nacht, sind als Mediatoren in Schulen tätig, übernehmen Lesepatenschaften, richten Sportfeste aus, setzen sich gegen „Unordnungserscheinungen“ in ihrem Stadtteil ein, sind „Wachsame Nachbarn“.

Bürgerbeteiligung gilt als eines der konstituierenden Merkmale der Kommunalen Kriminalprävention.

Warum sollen sich Bürger beteiligen?

Sie werden als „Experten vor Ort“ angesehen, da sie umfangreiche Kenntnisse über ihren sozialen Nahraum haben, können ihr Wissen zur kriminalpräventiven Arbeit beisteuern, geben Anregungen für Themen und leisten so einen positiven Beitrag zur Lebensqualität sowie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Erhalt von Stadtteilnetzwerken. In Deutschland fällt die Bürgerbeteilung in kriminalpräventiven Gremien eher gering aus. Teilweise haben Bürger kein Interesse, teilweise gibt es kulturelle Barrieren, es gibt ein unterschiedliches Verständnis darüber, wer für die präventiven Belange der Inneren Sicherheit zuständig ist und nicht zuletzt ist die Frage, ob und wie man sich beteiligen kann, oftmals unklar.

Die Tagung möchte klären, wie in europäischen Ländern mit Bürgerbeteiligung umgegangen wird, welche Formen und Beteiligungsmöglichkeiten es gibt, welche Vor- und Nachteile gesehen und welche Erfolge mit Bürgerbeteiligung erreicht werden konnten. Dadurch möchte die Tagung einen praxisnahen Beitrag zum Stand, zur Förderung und Unterstützung der Bürgerbeteiligung aus europäischer Perspektive leisten.

Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen (HföV)

Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen dient vorrangig dem Studium von Beamtinnen/Beamten der gehobenen Laufbahn für den Polizeivollzugsdienst und dem Studium in den externen Studiengängen "Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht (ISWR)" in Kooperation mit der Hochschule Bremen und "Risiko- und Sicherheitsmanagement (RSM)".

Weitere Aufgaben sind die Fortbildung insbesondere der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Polizei im Lande Bremen im "Fortbildungsinstitut für die Polizei im Lande Bremen" sowie der Forschung für und über die Polizei sowie des Sicherheitswesens im interdisziplinär ausgerichteten "Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS)".

Kontakt:

Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV)

Doventorscontrescarpe 172
28195 Bremen

Telefon: 0421 / 361 - 52 96

E-Mail: daniela.fischer@hfoev.bremen.de
Homepage: www.hfoev.bremen.de

Der Senator für Inneres und Sport (SIS)

Der Senator für Inneres und Sport ist das Innenministerium des Zwei-Städte-Staates Bremen. Als oberste Landesbehörde ist die senatorische Dienststelle nicht nur an der Regierungstätigkeit beteiligt, sondern übt auch die Rechts- und Fachaufsicht über die Landeseinrichtungen in ihrem Geschäftsbereich (z.B. die Polizei oder das Landesamt für Verfassungsschutz) aus.

Der Senator für Inneres und Sport bereitet die Beratungen des Senats zu Fragen der Innen- und Sportpolitik vor, wozu auch die Erarbeitung von Gesetzentwürfen gehört. Darüber hinaus beantwortet der Senator für Inneres und Sport Anfragen der Bürgerschaft (einschließlich Petitionen), die sich auf die Themenbereiche Inneres und Sport beziehen. Außerdem vertritt er – vor allem über die Innenministerkonferenz, die Sportministerkonferenz und die Ausschüsse des Bundesrates – die innen- und sportpolitischen Interessen des Landes Bremen gegenüber den anderen Bundesländern und dem Bund.

Die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht über die Landeseinrichtungen, die dem Geschäftsbereich des Senators für Inneres und Sport zugeordnet sind, erfolgt durch die einzelnen Fachreferate der senatorischen Dienststelle. Im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht wird die Verwaltungstätigkeit der zugeordneten Behörden dahingehend überprüft, ob sie rechtmäßig und zweckmäßig ist. Darüber hinaus entscheidet die senatorische Dienststelle auch über Widersprüche, die Bürgerinnen und Bürger gegen Entscheidungen der nachgeordneten Behörden einlegen.

Der Senator für
Inneres und Sport

Kontakt

Der Senator für Inneres und Sport (SIS)

Contrescarpe 22 - 24
28203 Bremen

Telefon: 0421 / 361 - 90 11
Telefax: 0421 / 496 - 90 09

E-Mail: office@inneres.bremen.de
Homepage: www.inneres.bremen.de

Kooperationsstelle Kriminalprävention (KSKP)

Die Kooperationsstelle ist eine Einrichtung, die im Jahr 2008 beim Senator für Inneres und Sport Bremen in Zusammenarbeit mit der Polizei Bremen, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen und dem Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung eingerichtet wurde. Die Kooperationsstelle Kriminalprävention verfolgt das Ziel, ein transparentes Netzwerk aus Sicherheitspartnern des öffentlichen und privaten Sektors aufzubauen, zu stärken und kriminalpräventive Arbeit, Sicherheitspartnerschaften und Präventionsräte auf lokaler Ebene zu unterstützen und zu fördern.

Sie versteht sich als Kontakt- und Servicestelle und wendet sich an alle an Kriminalprävention interessierten Akteure. Die KSKP bietet vielfältige Unterstützung in den Bereichen Vernetzung, Informationsbeschaffung, Fortbildung, Mitteleinwerbung, Evaluation, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit an. Diese Unterstützung erfolgt beispielsweise über eine umfangreiche Internetseite. Thematisch sortiert lassen sich dort etwa Präventionstipps sowie Ansprechpartner finden. Weiterhin ermöglicht eine Projektdatenbank die Recherche nach Präventionsprojekten im Lande Bremen. Zudem stellt die KSKP zur Förderung von kriminalpräventiven Projekten Finanzmittel zur Verfügung.

KSKP BREMEN
KOOPERATIONSSTELLE
KRIMINALPRÄVENTION

Kontakt

Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen (KSKP)
Der Senator für Inneres und Sport

Contrescarpe 22 - 24, 28203 Bremen

Telefon: 0421 / 361 - 89 558
Telefax: 0421 / 496 - 89 558

E-Mail: kskp@inneres.bremen.de
Homepage: www.kriminalprävention.bremen.de

Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS)

Das IPoS ist ein interdisziplinär ausgerichtetes Institut, das in erster Linie Forschung für und über die Polizei betreibt und somit zu einer stärkeren Vernetzung von polizeilicher Alltagspraxis mit Aus- und Fortbildungsaktivitäten beiträgt. Darüber hinaus wird der wachsenden Bedeutung privater Sicherheitsunternehmen für die Innere Sicherheit durch entsprechende Begleitforschung Rechnung getragen.

Durch die fachlichen Ausrichtungen der Institutsmitglieder bilden derzeit die Fachdisziplinen Rechtspsychologie, Rechtswissenschaften, Kriminalistik, Kriminologie und Soziologie die wissenschaftlichen Säulen des IPoS. Durch das breite Spektrum vertretener Wissenschaftsdisziplinen sind optimale Rahmenbedingungen gegeben, um die für polizeibezogene Forschung unabdingbare Interdisziplinarität und Anwendungsorientierung zu gewährleisten.

Das IPoS versteht sich als unterstützende Serviceeinrichtung, die auf Anfrage der Polizei oder der selbständigen Betriebseinheit Fortbildung bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Seminaren, Workshops u. ä., sowie bei der Vermittlung von Kontakten zu einschlägig ausgewiesenen Referentinnen und Referenten behilflich ist. Die Institutsmitglieder übernehmen zudem auf Anfrage Vortrags- und Schulungsverpflichtungen zu Themen ihrer jeweiligen Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte.

Kontakt:

Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS)
Hochschule für Öffentliche Verwaltung
Doventorscontrescarpe 172
28195 Bremen

Telefon: 0421 / 361 - 52 96

E-Mail: daniela.fischer@hfoev.bremen.de
Homepage: www.ipos.bremen.de

Dr. Wiebke Steffen, Mitglied im Programmbeirat des Deutschen Präventionstages - Vorstandsmitglied im Weissen Ring

"Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Anmerkungen zu Erfolgen und Defiziten, Risiken und Nebenwirkungen"

Die Entwicklung der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland liest sich wie eine Erfolgsstory: Wohl keine andere kriminalpräventive Idee hat so schnell so flächendeckend Verbreitung gefunden.

Und in der Tat ist der Ansatz, Kriminalität dort zu bekämpfen, wo sie entsteht, begünstigt oder gefördert wird – nämlich vor Ort, in den Städten und Gemeinden –, in gemeinsamer Verantwortung der Bürger des jeweiligen Gemeinwesens sowie ihrer kommunalen und staatlichen Einrichtungen und dabei der Prävention den Vorrang vor der Repression zu geben, aus kriminologischer wie kriminalpolitischer Sicht eine Idee von bestechender Vernünftigkeit.

Allerdings sind – nicht erst in jüngster Zeit – Defizite, Risiken und Nebenwirkungen unübersehbar: Unklare Inhalte, Konzept- und Konturlosigkeit, unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung, geringe Verbindlichkeit der Beschlüsse und Empfehlungen, weitgehend fehlende Dokumentation der Erfahrungen, kaum Programm- oder Ergebnisevaluation und: Bürgerbeteiligung Fehlanzeige!

EU-Konferenz 9./10. Mai 2012 in Bremen
Kommunale Kriminalprävention und Bürgerbeteiligung

Dr. Wiebke Steffen

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Anmerkungen zu Erfolgen und Defiziten, Risiken und Nebenwirkungen[1]

Die Entwicklung der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland – oder genauer:

- die Entwicklung der dafür für erforderlich gehaltenen Netzwerke von Gremien Kommunaler Kriminalprävention

liest sich wie eine **Erfolgsstory**:

Seit den 1990er Jahren sind in vielen deutschen Städten, Landkreisen und Kommunen neue Netzwerke der Kommunikation und Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, Polizei, Justiz, Wirtschaft, sozialen Diensten, freien Trägern und anderen Akteuren der Kriminalprävention mit dem Ziel entstanden, (Alltags)Kriminalität zu verhindern oder zumindest zu verringern sowie die öffentliche Ordnung zu gewährleisten bzw. zu verbessern.

Dabei war vor allem bis zum Anfang des 2. Jahrtausends geradezu ein „Gremien-Boom“ zu verzeichnen, der Anlass dazu gab, von dem „Siegeszug des Gedankens der Kommunalen Kriminalprävention“ zu sprechen. Und in der Tat hat wohl keine andere kriminalpräventive Idee so schnell so flächendeckend Verbreitung gefunden.

Seither ist allerdings eher **Ernüchterung** eingekehrt und die Zahl der kommunalen Präventionsgremien stagniert bei etwa 2.000 solcher Netzwerke in Deutschland: Etliche Gremien haben ihre Arbeit wieder eingestellt, einige wenige sind neu hinzukommen.

Woher kommt diese Ernüchterung? Denn eigentlich ist doch der Ansatz,

- Kriminalität und „Unordentlichkeiten“ dort zu verhindern, wo sie entstehen, begünstigt und gefördert werden, nämlich
- vor Ort, in den Städten und Gemeinden und das

[1] Siehe dazu auch Steffen 2005, 2006, 2009. Hier finden sich auch die Literaturangaben.

- in gemeinsamer Verantwortung der Bürger des jeweilige Gemeinwesens sowie ihrer kommunalen, staatlichen und sonstigen Einrichtungen, aus kriminologischer wie kriminalpolitischer Sicht

eine „Idee von bestechender Vernünftigkeit“ (Heinz 2005).

Aus meiner Sicht liegt der eigentliche, tiefere Grund für diese Ernüchterung in einer Problematik, die für die Situation der Kriminalprävention in Deutschland typisch ist: Wir haben hinsichtlich der Kriminalprävention nämlich kein **Erkenntnisproblem** – Sie werden kaum jemanden finden, der Kriminalprävention im allgemeinen und Kommunale Kriminalprävention im besonderen nicht für gut, sinnvoll und förderungswürdig hält -, wohl aber ein **Umsetzungsproblem** (Heinz 1998).

Bezogen auf die Gremien kommunaler Kriminalprävention bedeutet das: Diese „Idee von bestechender Vernünftigkeit“ konnte nur in wenigen und durch wenige Gremien tatsächlich – erfolgreich, wirkungsvoll und nachhaltig - realisiert werden. Die Frage danach, für wie viele - welche - Gremien dieser positive Befund zutrifft, kann allerdings nicht beantwortet werden: Zum Umsetzungsproblem der Kriminalprävention in Deutschland gehört auch, dass es an gesicherten empirischen Erkenntnisse zum Erfolg der Gremien kommunaler Kriminalprävention, seinen Bedingungen und Kriterien, weitgehend fehlt.

Das was wir wissen lässt allerdings den Schluss zu, dass **Defizite, Risiken und Nebenwirkungen** der kommunalpräventiven Gremienarbeit mit ihren ernüchternden Folgen unübersehbar sind. Um nur die wichtigsten zu nennen:

- Der Ausbaustand, die finanzielle wie personelle Ausstattung ist sehr unterschiedlich und häufig unzureichend: Hinter manchem „Gremium“ verbergen sich Ein-Mann/Eine-Frau-Betriebe mit spärlich gefüllter Kasse.
- Die weitaus meisten Gremien besitzen keinen rechtlich bestimmten und abgesicherten Status, die Frage ihres institutionellen Charakters und der damit verbundenen Aufgaben ist weitgehend unklar und dadurch problembehaftet.
- Die Beteiligung an den Gremien ist grundsätzlich freiwillig und nicht verbindlich. Mit der Konsequenz, dass auch die Verbindlichkeit von Beschlüssen und Empfehlungen der Gremien gering ist. Außerdem sind Konsensprinzip und Gleichberechtigung der Partner Ausgangspunkt und Basis der kommunalpräventiven Gremien. Beschlossen werden kann nur, was auf allgemeine Zustimmung stößt

oder zumindest von allen geduldet wird. Dadurch eignen sich aber auch nur wenige Themen überhaupt für diese Art der Gremienarbeit.

Nicht zuletzt deshalb ist nicht gerade selten der Eindruck entstanden, dass von den Gremien mehr Konzepte, Papiere und Diskussionen produziert werden als wirksame Taten.

- Für die Aktivitäten vieler Gremien sind unklare Inhalte, Konzept- und Konturlosigkeit kennzeichnend. Dazu gehört auch, dass die Gremien vielfach gleich mit Aktivitäten „loslegen“ und den ersten – und wichtigsten – Schritt versäumen, der solche Aktivitäten überhaupt nur begründen und sinnvoll machen kann: Die Erstellung, Auswertung und Umsetzung einer lokalen Problem- und Kriminalitätsanalyse. Nur auf der Basis einer solchen Analyse – optimal in Form einer Kriminologischen Regionalanalyse - können Notwendigkeiten und Ansatzpunkte für präventive Maßnahmen erkannt und den einzelnen Akteuren der Kommunalen Kriminalprävention zugewiesen werden.
- Die Gremien befassen sich überwiegend mit dem Bereich der Kinder- und Jugendkriminalprävention, hier insbesondere mit der Gewaltprävention – blenden weitere, wichtigere (?) Kriminalitätsphänomene also weitgehend aus - und verfolgen mit ihren Projekten und Aktivitäten vor allem Maßnahmen des universellen Ansatzes (soziale oder primäre Prävention), seltener des selektiven Ansatzes (situative oder sekundäre Prävention), obwohl dieser Ansatz für die kommunale Prävention der besonders geeignete und spezifische wäre.

  Da es sich bei „ihrer“ Kriminalität um ein überwiegend örtliches Phänomen handelt und viele für das Tatgeschehen relevante Faktoren einen deutlichen Lokalbezug aufweisen, sind solche Faktoren auch in der Regel selektiver, situativer Natur: Konkrete Gefährdungslagen, lokale Tatgelegenheitsstrukturen, Hilfe und Stützung einzelner Personen und Personengruppen im Problemlagen, Schulung/Training (potenzieller) Opfer etc.
- Nur äußerst selten setzen sich die Gremien mit den Problemen der Vernetzung und Koordination auseinander, obwohl doch mit der Kommunalen Kriminalprävention gerade koordinierte, vernetzte Aktionen angestrebt werden – und die Erreichung dieses Zieles keineswegs schon dadurch gesichert ist, dass alle Akteure in einem

Gremien sitzen. Im Gegenteil: Die Hemmnisse und Herausforderungen durch die sehr heterogenen und oft auch konträren Interessen der Gremienmitglieder sind vielfältig. Das machen schon die je nach Herkunftsinstitution sehr unterschiedlichen Verständnisse etwa von Kriminalität, von Ordnung und Sicherheit, von geeigneten Vorgehensweisen deutlich: Ist etwa der „auffällige“ Jugendliche jemand der Probleme macht oder jemand der Probleme hat? Ist der verwahrloste Jugendliche eine Bedrohung für die Gesellschaft oder bedroht die Gesellschaft den Jugendlichen mit Verwahrlosung?

- Der Alibicharakter mancher Gremien ist unübersehbar und gehört zu ihren problematischsten Nebenwirkungen. Symptomatisch dafür ist die ehrliche Antwort auf die Frage, was passieren würde, wenn die meisten Gremien ihre Arbeit einstellen würden: Wahrscheinlich nichts.

Schließlich, und damit sind wir bei dem Problem der Gremien kommunaler Kriminalprävention, dass im Rahmen dieser EU-Konferenz vor allem interessiert: Es ist nur sehr wenigen Gremien gelungen, den Anspruch auf **Bürgerbeteiligung** zu verwirklichen und „normale Bürger“ ohne „offizielle Funktion“ – also sozusagen „funktionslose Bürger“ zu integrieren.

In der Zusammensetzung der Gremien dominieren die kommunalen Dienststellen, es folgen die Polizei, Vertreter der Wirtschaft, des Handels, der Kirchen und - mit deutlichem Abstand - Schulen, Vereine und sonstige Institutionen. Fast völlig fehlen die „funktionslosen“ Bürger – obwohl in ihrer Beteiligung das eigentlich Neue der kommunalen Kriminalprävention und für ihren Erfolg Entscheidende gesehen wurde und wird: „Bürgerbeteiligung gilt als eines der konstituierenden Merkmale der Kommunalen Kriminalprävention“ (Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen: Aktuelles).

Die Bürger scheinen nur einmal dabei zu sein: Als Befragte der Erhebungen zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einer Gemeinde, die zu den Routinemaßnahmen der Gremien Kommunaler Kriminalprävention gehören – weshalb ihre Sinnhaftigkeit auch nur selten hinterfragt wird. Nur ausnahmsweise konnte der Anspruch verwirklicht werden, die Bürger bei der Kriminalitätskontrolle von Betroffenen zu Beteiligten zu machen, ihre Partizipation am und ihre Verantwortung für den Sicherheitszustand ihres Gemeinwesens zu ermöglichen und durchzusetzen.

Gemessen am Selbstverständnis und dem Anspruch der Gremien kommunaler Kriminalprävention liegt hier ohne Frage eine Schwachstelle vor – aber gleichzeitig auch ein **Missverständnis**.

Einmal abgesehen davon, ob die „funktionslosen“ Bürger überhaupt ein Interesse daran haben, in den Gremien mitzuarbeiten, ob sich also überhaupt genug Bürger finden lassen, widerspricht es der Organisation und Arbeitsweise von Gremien – selbst wenn sie, wie bei der Kommunalen Kriminalprävention üblich, nur wenig formalisiert sind – funktionslose Bürger einzubinden.

Gremien können nur dann sinnvoll arbeiten, wenn ihre Mitglieder einer anderen staatlichen oder nicht-staatlichen Einrichtung gegenüber **verantwortlich** sind, also einer solchen Einrichtung angehören, von ihr in das Gremium entsandt werden, um hier die Interessen ihrer Einrichtung zu vertreten. Im Gegenzug sollten diese Vertreter dann die Inhalte und Ergebnisse der Beratungs- und Projektarbeit des Gremiums wieder in ihre Einrichtungen hineintragen und umsetzen, um so auch als Multiplikatoren der institutionalisieren Kriminalprävention für die „funktionslosen“ Bürger – etwa ihre Vereinsmitglieder - zu fungieren. Das allerdings geschieht noch zu selten, zu zufällig, zu wenig systematisch.

Darüber hinaus ist für die „funktionslosen“, aber gleichwohl zu einem kriminalpräventiven Engagement bereiten Bürgern auf **kleinräumiger (Sozialraum- oder Stadtteil-) Ebene** bei konkreten, anlassbezogenen, sie direkt betreffenden Projekten und Maßnahmen eine Mitarbeit möglich und sinnvoll. Anknüpfend an die Bedürfnislage und die hohe Kompetenz der Bürger für Dinge, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen, können sich diese an konkreten, kurzfristigen, aktionsorientierten Maßnahmen beteiligen, die gerade in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ – vulgo: sozialen Brennpunkten – über Kriminalprävention hinausgehen und sozialräumliche Strategien verfolgen dürften (s. dazu auch Frevel e.a. 2009 und Kahl/Kober 2009).

Ganz im Sinne eines weiten Verständnisses von **Sicherheit**, das nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch und gerade die soziale und wirtschaftliche Sicherheit umfasst sowie der Weiterentwicklung der Kriminalprävention hin zu sozialer Prävention (Steffen 2012).

Literaturverzeichnis

Bannenberg, Britta/Coester, Marc/Marks, Erich (Hrsg.)(2005): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages. 17. Und 18. Mai 2004 in Stuttgart. Mönchengladbach.

Heinz, Wolfgang (1998): Kriminalprävention – Anmerkungen zu einer überfälligen Kurskorrektur der Kriminalpolitik. In: Kerner, Hans-Jürgen e.a. (Hrsg.): Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland. Mönchengladbach, S. 17-59.

Ders. (2005): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Bannenberg/Coester/Marks (Hrsg.), S. 9-30.

Frevel, Bernhard e.a. (2009): Bürgerengagement in der Kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit. In: Marks/Steffen (Hrsg.), S. 143-160.

Kahl, Wolfgang/Kobert, Marcus (2009): Bürgerengagement in der Kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten. In: Marks/Steffen (Hrsg.), S. 161-170.

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2009): Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages 2008. Mönchengladbach.

Steffen, Wiebke (2005): Gremien kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive. In: Bannenberg/Coester/Marks (Hrsg.), S. 155-167.

Dies. (2006): Kriminalprävention in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte? In: Feltes, Thomas/Pfeiffer, Christian/Steinhilper, Gernot (Hrsg.): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg, S. 1141-1154.

Dies. (2009): Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention. Gutachten zum 13. Deutschen Präventionstag. In: Marks/Steffen (Hrsg.), S. 25-72.

Dies. (2012): Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe. Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag (www.praeventionstag.de).

Prof. Dr. Paul Ekblom, University of the Arts London Research Centre on Design Against Crime

Community und Kriminalprävention – Wechselseitiger Nutzen

Der Ausdruck “Gemeinschaft” wird in vielerlei Art und Weise gebraucht –und falsch verwendet-, die maßgeblich ist für die Praxis und die Politik von präventiver Verbrechensbekämpfung. – Gemeinschaft- hat sogar innerhalb einer einzelnen Sprache wie Deutsch oder Englisch viele Bedeutungen und Interpretationen. (In der Tat sind ‚community‘ und ‚Gemeinschaft‘ nicht völlig deckungsgleich.) Dennoch ist die Klarheit der Definition unerlässlich für das Denken, die Zusammenarbeit (speziell zwischen Lehrfächern und zwischen Nationen) und die Erfassung und Nutzung des praktischen Wissens.

In meiner Präsentation werde ich die Begriffe Gemeinschaft, Sicherheit der Gemeinschaft, Gemeinschaft als eine Quelle der Kriminalität und Gemeinschaft als ein Rahmen und eine Einrichtung für Verbrechensverhütung diskutieren. Ich werde mich auf die „5 I-Grundstruktur“ zur Ausführung von präventiver Verbrechensbekämpfung stützen, und ich werde einen Überblick über die Art und Weise geben, in der die Gemeinschaft auf jedem ihrer Hauptaufgabengebiete mitspielt: Intelligence, Intervention, Implementation, Involvement und Impact (Information/Wissen, Einschreiten, Durchführung, Mitwirkung und Einfluss). Die Rolle, die von der Gemeinschaft/ dem Gemeinwesen gespielt wird, kann in jedem Fall positiv, negativ oder beides sein.

What is 'community'? How can we serve it, and deploy it, in the name of crime prevention?

Paul Ekblom

Design Against Crime Research Centre

University of the Arts London

University of the Arts London Central Saint Martins

DACRC is funded by

Arts & Humanities Research Council

DESIGN AGAINST CRIME

DaC

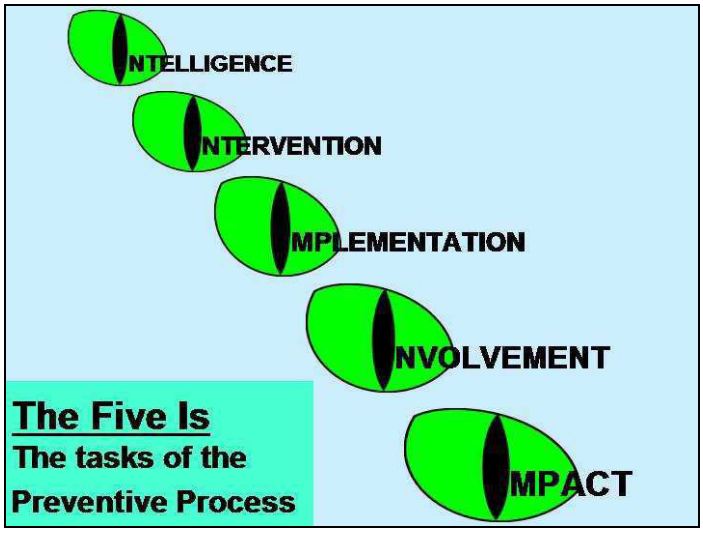
Understanding and translating 'Community'

- Concept of **'community'** is central to much crime prevention activity
- Clarity of **definition** is vital for thinking & collaboration across disciplines and between nations, and the capture & sharing of practice knowledge
- Community has many **meanings** and interpretations, even within one language such as German or English
- Overlap between **'community'** and **'Gemeinschaft'** is not complete

- How, then, do we **share knowledge locally & internationally?**

The 5Is framework – knowledge transfer for community safety practice

- **Conceptual frameworks** and **process models** can help
- **5Is** is a carefully-designed knowledge management framework built around a process model of crime prevention & community safety, and intended to
  - **Capture** descriptions of good/bad practice
  - **Organise & consolidate** descriptions
  - **Transfer** knowledge to practitioners e.g. through training, guidelines, toolkits and knowledge bases
- It helps practitioners
  - **Formulate** the crime/safety problem they are addressing
  - **Select** prior methods to apply to their own problem
  - **Replicate** the action customised to own problem & context
  - **Innovate** where context or problem are not covered
  - **Evaluate, learn and improve** practice



5Is framework:
Its requirements for the concept of community

5Is supports and requires, among other things

•Clear and consistent **definitions-in-depth** of the central concepts of practice such as crime, crime prevention, community safety and security

•A way of describing the **institutional contexts** in which prevention operates, capable of

- Handling the ever-mutating variety of arrangements within a given country
- Handling the diversity of arrangements between countries
- Supporting transfer of knowledge to very different contexts internationally

•A way of describing processes such as **partnership** and **mobilisation** of individuals, organisations and communities

Definitions

- Measuring something important yet potentially nebulous like community safety is vital to every crime prevention task,
  - from obtaining Intelligence on crime/safety problems
  - to setting objectives and monitoring Implementation,
  - to evaluating Impact
- The definitions must therefore support operationalisation and measurement

Defining professional crime prevention

Crime prevention is ethically-acceptable and evidence-based advance action, intended to **reduce the risk of criminal events**

Reduction of **risk** can be achieved through

- Eliminating the **possibility** of the criminal events
- Reducing the **probability** by intervening in the causes, or alternatively stated by frustrating criminal goals by disrupting activities and organisations directed towards them
- Reducing the **harm** by advance preparation to eliminate, reduce or mitigate it

Defining Community Safety 1 >

- Community safety is an aspect of the **quality of life**, a state of existence where people, individually & collectively:
  - Are sufficiently free from, or reassured about, a range of real and perceived hazards including crime, terrorism and misbehaviour
  - Are able to cope with the hazards which they nevertheless experience, without loss of amenity (e.g. not going out at night)
  - Are otherwise sufficiently protected from their harmful consequences by victim support, family and neighbours
  - Are confident the police, CJS and other agencies will provide a responsive, fair and effective service delivering justice and remedies to the problems, conflicts and risks experienced
  - Enjoy trust – within and across cultural boundaries – in neighbours, colleagues and passers-by to support them both morally and materially in terms of sympathy; existence of collectively-upheld moral order, social control and support

> Defining Community Safety 2

- When all these conditions are sufficiently met, they enable individuals, families & communities to enjoy **wider benefits**:
  - Pursuing the **necessities** of cultural, social and economic **life**
  - Receiving adequate **services**
  - Exercising **skills**
  - Experiencing **well-being**
  - Engaging in **community life**
  - Creating **wealth** in the widest sense.
- Where **social cohesion and collective efficacy** and an obligation to reciprocate develop, these conditions contribute to the community's **own capacity**
  - To **address crime and disorder** in collaboration with official institutions
  - Without making informal social control oppressive, invasive or exclusionary, or
  - Taking the **law** into their own hands
  - And to the development of **sustainable** communities
- This definition is a **positive** one, more akin to **health** as a state of wellbeing rather than merely the absence of sickness

Community in crime prevention 1 >

- Community safety encourages a **holistic** view of crime problems and solutions
- This requires **clarity and rigour**, to understand what exactly the interventions are aiming to achieve and how they work – by what causal mechanisms
- Without this, practical interventions often degenerate into **superficial and ineffectual efforts with drifting objectives**
- It's particularly important to address the concept and institution of **community** itself – a term used widely and loosely within the crime prevention field – these are UK examples:
  - Community **policing**
  - Community **safety**
  - Community **crime prevention**
  - **Punishment** in the community

> Community in crime prevention 2 >

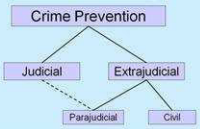
- Communities can cover
  - Particular **territories** (such as neighbourhoods), or
  - comprise diffuse sets of people with a common **interest or sense of identity** (such as ethnic minority groupings
- Communities can be
  - The **target** of crime (e.g. a minority community)
  - The **cause** or source of crime and criminals (e.g. a criminal subculture)
  - The **context or setting** for crime

> Community in crime prevention 3

- Community safety can
  - Exploit specific **community crime prevention mechanisms**, including informal social control or support-processes, in the intervention itself
  - Tackle the **social conditions which act at a community level to generate crime** (Offenders, victims and other crime preventers may be linked by pre-existing community relationships (such as pupil-teacher, landlord-tenant, employer-employee, neighbours) which may be the source of conflict and/or offer the prospect of resolving it)
  - Enhance the general **capacity of a community to protect or control** by developing social structures such as residents' associations, and/or by improving trust among members
  - **Empower communities** through provision of specific resources, such as property marking tool-libraries or transport for young people to travel to legitimate entertainment facilities
  - Be an **end in itself** or serve as a means to **wider policy objectives** e.g. social inclusion, cohesion, education and economic/social renewal
- So, wherever 'community' appears in portraying some instance or aspect of good practice, a description should aim to declare which of these facets of community applies

Institutional settings for prevention/ safety

- Crime prevention and community safety occur within different **institutional settings**
- It's important to distinguish between these settings, and to avoid confusing the **institution** (e.g. the police) with the **function** (policing) which can be done by many agencies/individuals
- The preventive aspects of **law enforcement and punishment** can be called **Judicial** crime prevention
- The rest of crime prevention, acting **outside the formal process of law enforcement and the CJS**, could be termed **'extrajudicial'**
- Within extrajudicial,
  - **Civil** crime prevention covers interventions in the **everyday, routine social and economic behaviour** of individuals, groups, subcultures, and public and private institutions and companies, and the design of products and places
  - **Parajudicial** crime prevention covers the institutions involved in delivering formal enforcement, justice and punishment – prison, police, probation – but acting in preventive mode – e.g.
    - Cognitive and social skills enhancement in prison
    - Supervision in the community
    - Patrolling the streets and advising householders on prevention



Clarifying the *ecological level* of action

- Crime prevention can target **problems**, or act on **causes** or **risk and protective factors**, which operate at various **ecological levels**:
  - Individual
  - Family
  - Peer group
  - Institutions eg schools
  - Community/Area
  - Networks, markets
  - Wider social structure
- 'Community' is only one of these
- It's important for practitioners to know at which level a given intervention is operating
- Good practitioners are skilled at using different levels or switching between them

Adapted from WHO classification of action to prevent violence
www.who.int/violence_injury_prevention/publications/violence/handbook/en/index.html

Community crime prevention processes – Involvement

- Many crime prevention Interventions are not directly Implemented by professionals such as police, probation, youth service, but by **others in community**
- Even direct implementation may require professional partnerships to span **divisions of labour** & bring together **complementary perspectives & resources**

Involvement

Involvement comprises:

- **Partnership**
- **Mobilisation**
- **Outreach**
- **Climate-setting**
- **Accountability**
- **Communication**
- **Handling demand**
- **Building collaborative capacity**

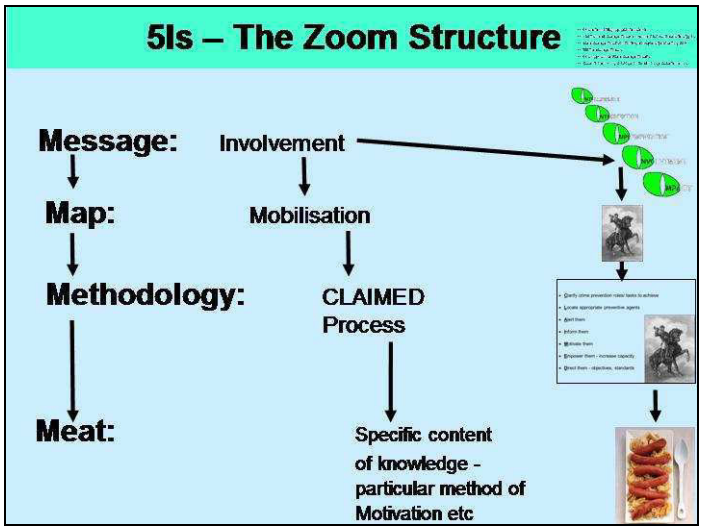
Partnership: the definition for the Council of Europe

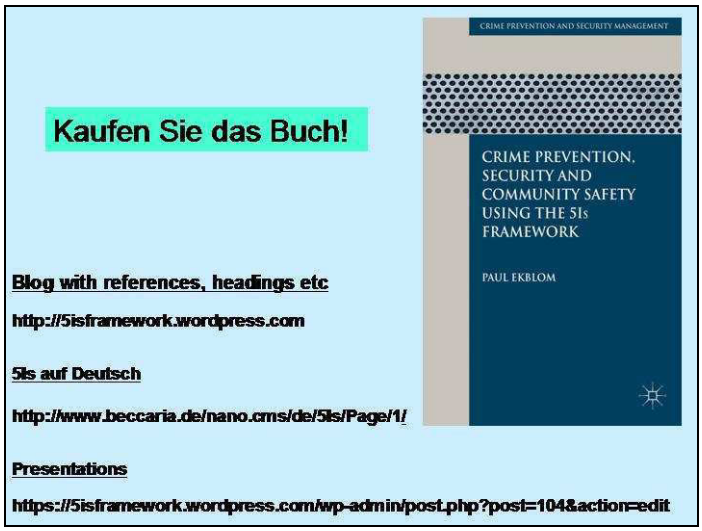
- Partnership is an **institutional arrangement** that shades into a philosophy
- It is a way of enhancing **performance** in the delivery of a common **goal**
  - by the taking of **joint responsibility** and
  - the **pooling of resources**
  - by **different agents**, whether these are public or private, collective or individual
- The added value from this collaborative approach lies in enhanced ability to tackle problems whose solutions
  - span the **division of labour**, and/or
  - centre on a particular **locality**

5Is Involvement – Mobilisation

Getting other organisations/ people to Implement Interventions

- **C**larify crime prevention roles/ tasks to achieve
- **L**ocate appropriate preventive agents
- **A**lert them
- **I**nform them
- **M**otivate them
- **E**mpower them - increase capacity
- **D**irect them - objectives, standards


5Is – The Zoom Structure
Message:
Involvement
Map:
Mobilisation
Methodology:
CLAIMED
Process
Meat:
Specific content
of knowledge -
particular method of
Motivation etc


Kaufen Sie das Buch!
CRIME PREVENTION AND SECURITY MANAGEMENT
CRIME PREVENTION, SECURITY AND COMMUNITY SAFETY USING THE 5Is FRAMEWORK
PAUL EKBLOM
Blog with references, headings etc
http://5isframework.wordpress.com
5Is auf Deutsch
http://www.beccaria.de/nano.cms/de/5Is/Page/1/
Presentations
https://5isframework.wordpress.com/wp-admin/post.php?post=104&action=edit

What is 'community'?
How can we serve it, and deploy it, in the name of crime prevention?
Paul Ekblom
Design Against Crime Research Centre
p.ekblom@csm.arts.ac.uk
http://5isframework.wordpress.com
University of the Arts London
Central Saint Martins
DACRC is funded by
Arts & Humanities Research Council
DESIGN AGAINST CRIME
DaC

M. Sc. Charlotte B. Vincent, Danish Crime Prevention Council

"Bürgerbeteiligung in der Kommunalen Kriminalprävention - Motive, Erfahrungen und Perspektiven"

Wachsende Aufmerksamkeit wird der präventiven Verbrechensbekämpfung in den Gemeinwesen und der Wichtigkeit, die Bürger einzubinden und zu beteiligen, entgegen gebracht. Das ist ein Trend, der sich widerspiegelt in Aktivitäten zur Verbrechensverhütung, aber auch generell auf dem sozialen Sektor im Verhältnis zu gefährdeten Gruppen, wo Bürger mit der Übernahme einer anderen Rolle eingebunden werden können. Wie verstehen und verdeutlichen wir die Rolle des Bürgers in der Kriminalprävention? – Wer übernimmt die Initiative und übt Einfluss aus?

Die Antwort wird gegeben in Relation zum Bürgerkonzept, das aus vielen verschiedenen Aspekten der Rolle des Bürgers in der Gesellschaft besteht, eingeschlossen seine Rolle im Hinblick auf die Kriminalitätsverhütung. Dänemark hat verschiedenartige Erfahrungen bezüglich der Mitwirkung der Bürger an der Arbeit für das Gemeinwesen sowie bei der Kriminalprävention; dabei wird ein Bezug hergestellt zu Themen wie Stadt und Nachbarschaften, Beratung und Anleitung für bedürftige Menschen, eingeschlossen verschiedene Verbände, die Menschen und Bereiche der Freizeitgestaltung unterstützen, welche sich aktiv bemühen, Randgruppen unserer Gesellschaft einzugliedern.

Aus den dänischen Erfahrungen heraus wird ein Ausblick auf die Herausforderungen, die sich bei der Einbindung von Bürgern in die Kriminalitätsprävention im Gemeinwesen ergeben, zusammenfassend dargestellt.

DKR

DET KRIMINAL
PRÆVENTIVE RÅD

Citizen´s motivation for participation in local crime prevention work.

Charlotte Vincent , Sociologist and Consultant in the Crime Prevention Council in Denmark

DKR

DET KRIMINAL PRÆVENTIVE RÅD

Agenda

1. *Introduction*
2. *Who is the citizen ?*
3. *How do we understand voluntary work and communitive crime prevention*
4. *What motivates citizens to participate in local crime prevention*
5. *Danish examples of citizen´s participation in local crime prevention*
6. *Perspectives*

DKR

DET KRIMINAL PRÆVENTIVE RÅD

Who is the citizen ?

Definition of voluntary work:

- **Voluntary work or voluntary services is the term for individual, unpaid work of a certain formal nature. The work takes the form of organised and/or agreed services, not simply spontaneous acts of ordinary helpfulness such as, for example, neighbourhood watch. Voluntary work is understood as being unpaid, even if volunteers have their expenses paid or receive a small symbolic payment (ibid:43).**
- **Finally, voluntary work and membership of voluntary associations can be considered an expression of the social capital of an individual or a society.**
- **Voluntary social work addresses the political discourse concerning how "to take responsibility for each other".**

Special characteristics of volunteers in social work:

- Most are working women between the ages of 30 and 65. **Only rarely are volunteers former users or relatives of users.** Similarly, only few associations have volunteers from a company that allows staff to offer their volunteer services during working hours.
- Certain types of jobs are particularly popular among volunteers – **guard duties and shop jobs, for example. Short-term jobs are also found to be attractive!**
- Quite a few associations have noted a general increase in the number of applications for volunteer work, while others have had to discontinue their activities because they lack volunteer help.
- **However, many researchers question whether volunteer work has sufficient potential as a means of ensuring the future of our welfare society, our welfare state.**

Voluntary action is motivated from different motivation functions:

- **Normative motives:**
  - Which relate to personal values as altruism, affection and obligations for the case
- **Structural motives:**
  - Which relates to neccessity of belonging to a group and the need for social relations

"Experiences with local peoples participation in urban development projects in Denmark:

- "Experiences with urban development(including crime prevention elements) projects in Denmark, which is based on local people's participation, shows that it requires certain resources to participate:
  - *Time, knowledge and relational resources (how relational resources must be understood as being able to relate to organizational and political processes and political work .)*
- These resources are not evenly distributed in the population, and some will, from this perspective have greater skills in relation to attend.
- Experience within nine urban area suggest that the most vulnerable citizens increasingly are targeted for activities other than participating in them. "(National Board of Health 2004)

Experiences concerning citizen involvement

Experiences concerning citizen involvement in the Healthy Cities network also shows that the barrier for citizen can relate to:

- Structural and organizational issues, such as lack of political and economic support, traditional governance, bureaucracy and hierarchy
- The professional's professional and personal skills. Working with citizen demands such that the professional respect and take seriously the public that the professional is open, responsive, patient, open minded and willing to break with its own standards that they manage to give citizens ownership of the activities they are involved in. If these competencies are not held it may be a barrier to citizen participation. (Health Authority)

Examples of volunteering in the local crime prevention work:

Ordenary volunteering examples

- ***Natteravnene (Night Owls)***

  The purpose of Night Owls is: to heighten social value and engage in caring and preventive activities: to improve the life quality, well-being and integration of certain groups in the public space, especially vulnerable children and young people.

- ***Victim support organisations***

  Volunteer workers at victim support organisations offer to talk to individuals who have been the victim of a crime. The aim of the conversations is to help these people regain faith in their surroundings and thus reduce their risk of once more becoming a crime victim

Volunteer work in close cooperation with the municipality

- ***Volunteer street patrols – a way of engaging the public***

  Volunteer mentors and mentoring programmes (mentor corps – organizations of volunteer mentors) is an area experiencing rapid growth. Young people at risk of adopting a criminal lifestyle are offered a volunteer mentor as a conversation partner, supportive adult and contact person to the extent the young person feels a need for it.

Examples of citizen involvement in local crime prevention work

Citizen involvment

- **Safety walks**

  Safety walks are a way to involve citizens to actively consider their local enviornment
  A safety walk is a way to create a better local enviornment.
  On the hike you go for a walk around the residential area to find unsafe places for improvement. The method is based on the knowledge that residents and people working in the area because they have the greatest knowledge of local conditions. Safety walks not only creates greater security. The improvements will often have an impact on crime in the area.

- **Community participation in urban areas – an example of asset-based community participation**

  Vejle local authority has worked with Asset-Based Community Development (ABCD) since 2005.
  The model has been developed on the basis of a deprived housing estate that was used as a pilot for sevesal years.

Citizen activity

- **Neighbourhood Watch schemes**

  Break-ins and vandalism can be avoided if neighbours in residential areas and housing blocks agree to watch what is going on in the neighbourhood and keep an eye on each other's homes on a daily basis.

Perspectives ?
Challenges ?

Which of the above mentioned experiences is important to remember ?

Erich Marks, Landespräventionsrat Niedersachsen / Deutscher Präventionstag

"Neue Netzwerker gesucht - Perspektiven präventiven Handelns auf kommunaler Ebene in einer europäischen Bürgergesellschaft"

Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der (Kriminal-)Prävention existiert in vielfachen Ausprägungen und Formen und hat eine lange Tradition. Auch im vielschichtigen Arbeitsbereich der Prävention vollziehen sich seit etliche Jahren große Entwicklungsprozesse im Selbst- und Fremdbild sowie den Engagementsformen ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger. Für Bürger, Bürgervertreter und Bürgerexperten werden konkrete Beteiligungsmöglichkeiten zunehmend komplexer.

Mehr denn je gilt der Grundsatz global zu denken, um lokal kompetent handeln zu können. Die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft hat auch damit zu tun, wie wir unsere Gesellschaft gemeinschaftlich sicherer und attraktiver machen können, denn bürgerschaftliches Engagement, demokratische Beteiligung und Zivilcourage halten die Gesellschaft zusammen und wirken auch kriminalpräventiv.

Ebenso erfolgen finanzielle Unterstützungen für kommunale Präventionsgremien zunehmend durch bürgerschaftlich organisierte regionale Fördervereine, Stiftungen und Serviceclubs sowie durch örtliche Bürgerstiftungen. Der Beitrag informiert über konkrete Einzelprojekte und diskutiert Strukturmerkmale und Perspektiven präventiven Handelns auf kommunaler Ebene in einer europäischen Bürgergesellschaft.

Neue Netzwerker gesucht – Perspektiven Präventiven Handelns auf kommunaler Ebene in einer europäischen Bürgergesellschaft

Erich Marks

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 1

Der präventive Bürger an sich …

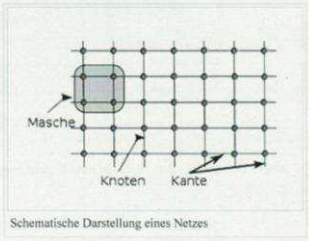
2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 2

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 3

Engagement-Vielfalt im Wandel

Netzwerk (Wikipedia 2012-05-06)

Als **Netzwerke** werden Systeme bezeichnet, deren zugrundeliegende Struktur sich mathematisch als Graph modellieren lässt und die über Mechanismen zu ihrer Organisation verfügen. Der Graph besteht aus einer Menge von Elementen (Knoten), die mittels Verbindungen (Kanten) miteinander verbunden sind. Ein geschlossener Zug aus Kanten und Knoten heißt *Masche*.
Dass der Großteil der Knoten zu einer oder mehreren Maschen gehört, ist das eigentliche Kennzeichen eines Netzwerks gegenüber anderen Typen von Strukturen.



Schematische Darstellung eines Netzes

Netzwerke werden auf einer abstrakten Ebene in der Netzwerkforschung untersucht und in der Praxis in den jeweiligen Anwendungsgebieten, aus denen die konkreten Netze stammen.

> www

Der Bürger in seiner Eigenschaft als:

1. Zeit-Geber
2. Ideen-Geber
3. Geld-Geber

Bürgerdialog der Bundeskanzlerin

> www

2012-05-09 Bremen www.erich-unsalts.de 7

> www

2012-05-09 Bremen www.erich-unsalts.de 8

Förderpreis aktive Bürgerschaft

> www

2012-05-09 Bremen www.erich-unsalts.de 9

Die Bürger-Bewegung

Auf einer Radtour durch Deutschland will der Kriminologe Christian Pfeiffer die Menschen dazu ermuntern, sich stärker für das Gemeinwohl zu engagieren. Pfeiffer wirbt für Bürgerstiftungen – die erste hat er 1996 in Hannover gegründet.

PROFESSOR PFEIFFERS ROUTE ZUM MITFAHREN

Von Vivien-Marie Drews

Sport sei noch nie sein Ding gewesen, sagt Christian Pfeiffer. Und sie hätte er gedacht, dass er sich im Alter von 68 Jahren einmal aufs Fahrrad setzen würde, um 1456 Kilometer quer durch Deutschland zu radeln. Genau das aber tut der bekannte Kriminologe und frühere niedersächsische Justizminister jetzt – und er tut es für eine gute Sache. Pfeiffer will für mehr Bürgersinn in Deutschland werben. Er will die Menschen aufrütteln, und er ist Medienprofi genug, um zu wissen, dass man sich dafür in Szene setzen muss. Deshalb die Reise mit dem Rad. „Mit dem Zug, das wäre doch langweilig gewesen", sagt Pfeiffer, der noch nie etwas dagegen hatte aufzufallen. Nur geht es diesmal nicht um spektakuläre Datenmaterial zur Kriminalitätsentwicklung, sondern um Bürgerstiftungen.

Pfeiffers Engagement in dieser Sache, so erzählt er es, geht auf das Jahr 1995 zurück. In New York stand der renommierte Kriminologe damals vor einer Tür. Kapital von rund 200 Millionen Euro verfügen. Bei der Bürgerstiftung Hannover sind es fünf Millionen Euro, die meisten anderen kommen bisher nicht mal auf eine Million Euro. Es dürfte ruhig etwas mehr sein, meint Pfeiffer. Nur jeder zehnten Bürgerstiftung stünden jährlich mehr als 50 000 Euro an Spenden und Erträgen zur Verfügung. „Das reicht einfach nicht, wenn man etwas bewegen will", sagt er.

Zu bewegen gibt es so einiges, davon ist Pfeiffer überzeugt. Er argumentiert als Mensch und als Kriminologe, der sich Tag für Tag mit gesellschaftlichen Missständen beschäftigt und der immer wieder auch Neue untersucht hat, wie junge Menschen auf Abwege geraten. Die Rechnung, die er aufmacht, ist einfach: Der demografische Wandel greift um sich, die Bevölkerungszahlen schrumpfen. „Wir können es uns schlicht nicht leisten, dass Jugendliche auf die schiefe Bahn geraten. Wir brauchen diese Leute. Ihre Kreativität. Ihr Potenzial. Wir müssen ihren Lebensmut wecken." Das wiederum könne kaum die Aufgabe des Staates sein, meint Pfeiffer. „Der Staat

Ahrensburg · Wismar · Hamburg · Ratzeburg · Hanstedt · Bergen · Bückeburg · Hannover

> www > www

HAZ, 26.04.2012

Corporate Volunteering (CV)
Corporate Social Responsibility (CSR)

EUROPEAN COMMISSION

Brussels, 25.10.2011
COM(2011) 681 final

COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS

A renewed EU strategy 2011-14 for Corporate Social Responsibility

> www

> www

38 / DIE STIFTUNG 1/12

Die Firma hilft

Wie Corporate Volunteering funktioniert und was sich noch ändern könnte

Zahlreiche Unternehmen haben den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiter inzwischen in ihre CSR-Programme integriert. Die Ausprägungen von Corporate Volunteering (CV) sind vielfältig, und länger spielen nicht nur soziale Aspekte eine Rolle: Personalpolitische Überlegungen und die positive Wahrnehmung des Unternehmens sind ebenso Gründe für CV. Auch Stiftungen können von den betrieblichen Freiwilligendiensten profitieren. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist bislang jedoch sehr überschaubar. VON JOHANNES HERBERT

Zwar wird die historische Freiwilligenarbeit gerne in Anspruch genommen, aber nur wenige Unternehmen haben bisher ihre Mitarbeiter gezielt dafür gewonnen, ihre Kompetenzen und ihren Mitarbeitern zu nutzen. Diese gemeinnützigen Organisationen meinen, dass die CV eine greifbare Wertschätzung mitbringen, auf die Interessen und Bedürfnisse der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter eingegangen". Sagt Barbara Dudel, Manager Corporate Social Responsibility bei der Unternehmensberatung

Surveys & Server

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009

Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009

> www

Niedersachsen

Freiwilligenserver de Niedersachsen

> www

Philantropie und Zivilgesellschaft

MAECENATA NOTIZEN

Ausgabe I/2012

II. Informationen aus der Zivilgesellschaft 2
III. Ausschreibungen 6
IV. Veranstaltungshinweise 9
V. Neue Publikationen 14
VI. Maecenata Intern 23
Impressum 25

I. Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 15. März ist die neu eingerichtete Arbeitsgruppe Forschung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) erstmals zu einer Sitzung zusammengekommen. Sie diente neben der Vorstellung des ebenfalls neu aufgestellten Projekts „Freiwilligensurvey" vor allem der Vorstellung der anwesenden Kolleginnen und Kollegen und ihrer Einrichtungen und Projekte. Natürlich kannte sich die Mehrzahl schon seit langem. Doch war manch neues zu erfahren. Deutlich wurde der Trend: Zivilgesellschafts- und Engagementforschung nimmt zu und wird weiter zunehmen. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Disziplinen interessieren sich mehr und mehr für diesen Bereich. Darauf deutet auch die im Maecenata Institut geführte Forschungsdatenbank hin. Großprojekte wie ZIVIZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) oder die laufenden Untersuchungen des WZB sind aber auch Ausdruck davon, daß Förderstiftungen und andere Drittmittelgeber endlich beginnen, diesem Forschungsfeld verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und dabei die vielleicht zunächst naheliegende Konzentration auf Philanthropieforschung im Sinne einer Anregung zu verstärkter oder

> www

2012-05-09 Biesmann www.sozialraumraum.de 13

Der kriminalpräventive Bürger

1. Der Bürger im Ehrenamt
2. Der Bürger als Interessenvertreter von Gruppen
3. Der „funktinslose Bürger" im eigenen Auftrag

2012-05-09 Biesmann www.sozialraumraum.de 14

kommunale Präventionsgremien in Niedersachsen

Von insgesamt 197 kommunalen LPR-Mitgliedsgremien arbeiten

- 10 auf Landkreisebene (Niedersachsen insgesamt: 37)
- 7 in großen selbständigen Städten (Niedersachsen insgesamt: 7)
- 50 in selbständigen Gemeinden (Niedersachsen insgesamt: 58)
- 10 in kreisfreien Städten (Niedersachsen insgesamt: 10)
- 120 auf der Ebene von Gemeinden, Ortsteilen, Stadtteilen usw.

> www

2012-05-09 Biesmann www.sozialraumraum.de 15

„Eine ganze Stadt macht Prävention“

> www

Der Oberbürgermeister STADT OLDENBURG > www

2012-05-09 Bremen www.sticla-mandls.de 16

Leitfäden zur kommunalen Kriminalprävention

> www

> www

2012-05-09 Bremen www.sticla-mandls.de 17

Zivilcourage

Was heißt eigentlich Zivilcourage?

Herkunft und Geschichte des Begriffes.
Und: in nur 4 Schritten zum (zivil)couragierten Verhalten.

Zivilcourage heißt wörtlich übersetzt Bürgermut. Erstmals 1835 in Frankreich nachgewiesen, geht der Begriff in Deutschland auf Otto von Bismarck zurück. Im Jahre 1847 soll dieser damit den Mut bezeichnet haben, der zwar auf dem Schlachtfeld unter Soldaten vorhanden sei, aber „ganz achtbaren Leuten" nicht selten fehlen würde. Populär wurde der Begriff mit den Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR, den Bündnissen für Toleranz und Zivilcourage, die sich insbesondere gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt richten, sowie öffentlichen Aufrufen zur Zivilcourage, z.B. vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau (vgl. von Keudell 1901, S. 8; Meyer 2004, S. 22).

Zivilcourage ist wertorientiertes demokratisches Handeln und eine besondere Form öffentlichen Muts. Der Begriff ist von der Bereitschaft zu Handlungen, die persönliche Beherztheit erfordern, geprägt. Es handelt sich deshalb um eine hochgeschätzte, für die demokratische Gesellschaft als unverzichtbar geltende Tugend. Ihr Gegenbegriff ist der Autoritätsgehorsam (vgl. Meyer 2004, S. 23; Gugel 2010, S. 506; Ostermann 2004, S. 52).

Anlässlich einer Situation, in der zum Beispiel die Gesundheit eines Menschen bedroht wird, entsteht ein starker, subjektiv empfundener Handlungsdruck. Solche Situationen sind durch ein Machtungleichgewicht gekennzeichnet. Häufig handelt es sich um Täter-Opfer-Situationen, in denen unmittelbares Handeln gefordert ist. Aber auch bei andauernden Problemsituationen oder kritikwürdigen Zuständen, in denen sich Handlungsdruck erst allmählich aufbaut, kann Zivilcourage gefordert sein (vgl. Meyer 2004, S. 25).

Grundsätzlich wird zwischen drei Situationen unterschieden, die Zivilcourage verlangen: erstens im Unrechtsstaat (z.B. im Nationalsozialismus), zweitens in

DOWNLOAD
KONTAKT

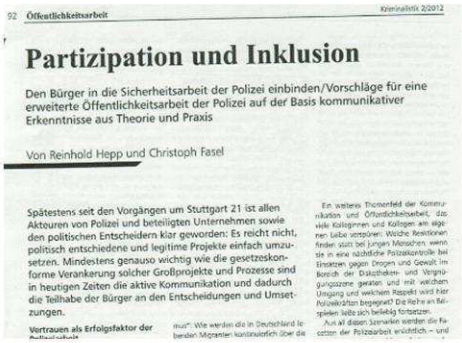
JEDER KANN ETWAS TUN

DIESJÄHRIGER AKTIONSTAG FÜR ZIVILCOURAGE UND GEGEN GEWALT
06.07.2011

- Das Motto
- Aktivitäten
- Partner
- Zivilcourage > www
- Ansprechpartner

2012-05-09 Bremen www.sticla-mandls.de 18

Polizei in der Bürgergesellschaft


92 Öffentlichkeitsarbeit Kriminalistik 2/2012

Partizipation und Inklusion

Den Bürger in die Sicherheitsarbeit der Polizei einbinden/Vorschläge für eine erweiterte Öffentlichkeitsarbeit der Polizei auf der Basis kommunikativer Erkenntnisse aus Theorie und Praxis

Von Reinhold Hepp und Christoph Fasel

Spätestens seit den Vorgängen um Stuttgart 21 ist allen Akteuren von Polizei und beteiligten Unternehmen sowie den politischen Entscheidern klar geworden: Es reicht nicht, politisch entschiedene und legitime Projekte einfach umzusetzen. Mindestens genauso wichtig wie die gesetzeskonforme Verankerung solcher Großprojekte und Prozesse sind in heutigen Zeiten die aktive Kommunikation und dadurch die Teilhabe der Bürger an den Entscheidungen und Umsetzungen.

Vertrauen als Erfolgsfaktor der

Ein weiteres Themenfeld der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, das viele Kolleginnen und Kollegen am eigenen Leibe verspüren: Welche Reaktionen finden statt bei jungen Menschen, wenn sie in eine nächtliche Polizeikontrolle bei Einsätzen gegen Drogen und Gewalt im Bereich der Diskotheken- und Vergnügungszone geraten und mit welchem Umgang und welchem Respekt wird hier Polizeikräften begegnet? Die Reihe an Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen.

Auch all diese Szenarien werden die Facetten der Polizeiarbeit erschüttern – und

2012-05-09 Bremen www.polizei-muelheim.de 19

Bürgerbündnisse gegen/für …

> www

2012-05-09 Bremen www.polizei-muelheim.de 20

Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

> www

> www

13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Leipziger Erklärung des 13. Deutschen Präventionstages
Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß sich ihre Bürger an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwieweit sie zu freiwilligem Engagement bereit sind. Auch für die Sicherheit einer Gesellschaft und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leistet bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen, ja unerlässlichen Beitrag.

Deshalb stellt der 13. Deutsche Präventionstag (2. und 3. Juni 2008 in Leipzig) dieses Engagement unter dem Schwerpunktthema „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft" in den Mittelpunkt der Vorträge, Beratungen und Diskussionen sowie des Gutachtens „Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention" von Dr. Wiebke Steffen.

> www

2012-05-09 Bremen www.polizei-muelheim.de 21

Kommunale Analysen und Audits

- Kriminologische Regionalanalyse
- Bürgerbefragungen (Stuttgart, Heidelberg, etc.)
- Beccaria Standards
- CTC – communities that care
- ....

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 22

Beiträge zur europäischen Bürgergesellschaft

"Security, Democracy and Cities: The Future of Prevention"
12th, 13th, 14th December 2012

Organised by **Efus** in partnership with Aubervilliers and Saint-Denis (France) (see their candidacy video), this interdisciplinary and international conference will be dedicated to **the exchange of practices, experience and knowledge on crime prevention** in Europe and around the world.

> www

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 23

Die tägliche Präventions-News

DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Über uns | Dokumentation | Experten | Kongresse | News | Presse | 17. DPT | 18. DPT

News
- Aktuell
- Archiv
- Empfangsmöglichkeiten
- Nachricht an Redaktion
- An-/Abmelden

Suche

Hier können Sie innerhalb aller bislang veröffentlichten News nach Stichworten suchen.

09.05.2012: Studie "Freiheit und bürgerschaftliches Engagement"

Die junge Generation in Deutschland zieht die Freiheit der Gleichheit deutlich vor. Einem Wandel des gesellschaftlichen Klimas in diese Richtung steht das wachsende Sicherheitsbedürfnis angesichts immer mehr älterer Menschen entgegen. Insgesamt lässt sich jedoch schon heute von einer „Gesellschaft der Teilhabe" sprechen. Der Wert der Freiheit hat es im Wettbewerb mit Gleichheit und Sicherheit schwer in Deutschland.

Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie "Freiheit und bürgerschaftliches Engagement" des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung, die am 3. Mai 2012 in Frankfurt vorgestellt wurde. Gefragt, ob sie sich im Zweifel für Freiheit oder für Gleichheit im Sinne sozialer Gerechtigkeit entscheiden würden, sprachen sich 45 Prozent der Deutschen für die Freiheit und 44 Prozent für Gleichheit aus.

> www

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 24

Wie wollen wir morgen zusammenleben?

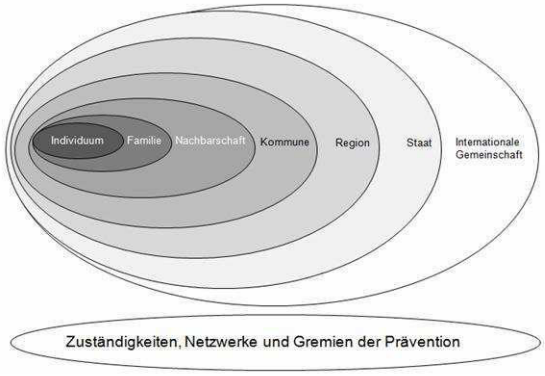
„Wir sehen: Bevor Freiheit gesellschaftliche Wirklichkeit werden kann, gewinnt sie die Herzen und Köpfe von Einzelnen und kleinen Gruppen. Was spät alle ergreift, wird früh von wenigen geboren.

Vor der freien Gesellschaft kommen die freien Individuen, vor den freien Staaten die freien Städte."

Bundespräsident Joachim Gauck
beim Nationalen Befreiungstag der Niederlande am 5. Mai 2012 in Breda > www

2012-05-09 Bremen www.reich-mauts.de 25

Prävention als Haltung üben & lernen



2012-05-09 Bremen www.reich-mauts.de 26

Gleichheit ist Glück

http://www.equalitytrust.org.uk

> www

2012-05-09 Bremen www.reich-mauts.de 27

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 28

Manifest
zur Neugründung Europas von unten

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 29

Danke für Ihr Aufmerksamkeit !

Ein selbstbestimmtes, glückliches Leben nachfolgender Generationen ist das Generalziel allen präventiven Handelns.

An autonomous, happy life of next generations is the overall goal of all preventive acting.

2012-05-09 Bremen www.erich-marks.de 30

Evaldas Visockas, International Relations Office – Law Institute of Lithuania

Ansätze und Herausforderungen zur Einbindung des Gemeinwesens in die Kommunale Kriminalprävention in baltischen Staaten

Das Engagement der Gemeinden in Sachen polizeiliche Überwachung und Sicherheit ist ein Thema, das seit langem in der ganzen Welt diskutiert wird. Die baltischen Staaten haben im europäischen Kontext ihre eigenen besonderen Gegebenheiten. Die 20 Jahre seit der Erlangung der Unabhängigkeit hatten einen riesengroßen Einfluss auf die Gesellschaft, aber die Jahre des Sowjetregimes davor hinterließen ebenfalls einen bedeutsamen Eindruck. Die Initiativen der letzten beiden Jahrzehnte, die die Gemeinden ermutig(t)en, sich an Bürger-Aktionen für Sicherheit zu beteil gen, stammen gewöhnlich aus den westeuropäischen Ländern, den USA, Kanada.

Bewährte Vorgehensweisen und Modelle aus dem Ausland wurden als beste Lösungen aufgenommen und ohne nähere Untersuchungen ihres Zusammenhangs von der Polizei oder den örtlichen Behörden im Rahmen der Sicherheitspolitik durchgeführt. In vielen Fällen waren solche Aktionen weder effizient noch effektiv.

Einige besondere Bürger-Aktionen, die aus Sicherheitsgründen spontan in Gemeinwesen entwickelt wurden, schienen jedoch auch ohne die Unterstützung durch örtliche Behörden nachhaltig zu sein Warum bewähren sich einige Modelle in den baltischen Staaten und andere nicht? Worauf basieren die erfolgreichen Modelle? Was veranlasst die Gemeinwesen, sich bei Sicherheitsaktionen einzubringen? Warum sind einige Aktivitäten tragfähig und andere nicht? All diese Fragen werden in dieser Präsentation diskutiert.

Community Engagement for Policing and Security: challenges and approaches in Baltic states

Evaldas Visockas
Law institute, Lithuania

Every state is a community of some kind, and every community is established with a view to some good; for mankind always act in order to obtain that which they think good. But, if all communities aim at some good, the state or political community, which is the highest of all, and which embraces all the rest, aims at good in a greater degree than any other, and at the highest good.

Aristotle

About the state and community

- Reporting an cooperating with police as "collaboration with enemy"
- Distrust in police
- No previous experience of such civic actions, lack of civic society
- Not understanding of bottom-up initiatives by local authorities

Historical heritage

- Estonia
  - Neighbourhood watch (leader NGO), successful
- Latvia
  - Neighbourhood watch (leader State police), not successful
- Lithuania
  - Neighbourhood watch (leader State police), not successful
  - Police supporters (leader State police), eventual activities
  - Rifleman union (leader semi military voluntary organisation), eventual activities
  - Safe communities (leader Community), successful
- Poland
  - Neighbourhood watch (leader Municipal Police), average success

Most of community engagement models are Neighbourhood watch models.

Models of community engagement for in Baltic states

- Initiatives from state institutions
- No alignment with community needs
- Reaching planned numbers…
- No implementation guides for police officers or municipality representatives

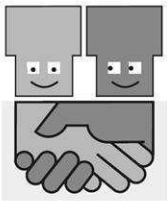
Unsuccessful models

- Leader – Estonian Neighbourhood Watch Association, NGO.
- The first condition of starting with neighbourhood watch in one district is that people should realize that they need and they want to participate in this movement.
- Neighbourhood watch co-operation agreement - co-operation contract between four parties - NHW sector, the police, the local government and the Association.
- Association provides constant information support, organises cooperation with police and local authorities, organizes information exchange in community.
- Organized communities start participating in city management

EESTI NAABRIVALVE

Estonian model

- Leaders – big communities usually in city suburbs
- Police and local authorities provide only complementary support
- Communities have councils which deal with all problems
- Crime prevention is only one of many activities
- Activities – organization of neighbourhood watch, hiring of security company, installation safety equipment
- Communities participate in decision making in city



Lithuanian model

- Low number of citizens involved
- Leadership problems in communities
- Bad communication and cooperation with local authorities and police
- Most of NW activities watching through the window
- Lack of information what and how to do

Challenges

- City consist of communities first of all, not territory.
- If we want people to take responsibilities they have to feel themselves owners of the city.

2 ideas

- Local authorities and police have to be near
- To know people who are responsible for their neighborhood
- Work and objectives of municipality have to align community expectations
- Simple communication and problem solving
- Possibility to influence decision making
- Support for community ideas and activities

What do communities need for engagement?

- Simplifying mechanism of application and problem solving
- Community engagement in city planning
- Accountancy of local authorities
- Support to community initiatives

How to take out separating walls?

- Small things can be accomplished by communities themselves – just encouraging from local authorities needed
- Communities tend to take care of neighborhood they consider to be "THEIRS"
- If municipality supports communities, communities accept and support municipality decisions and feel owners of city
- Support of communities saves resources. Part of needed resources can be provided by communities.

Support and engagement of communities

Evaldas Visockas
Law institute, Lithuania
evaldas.visockas@teise.org
www.teise.org

Thank you for your attention

Jürgen Fehler, Polizeioberrat - Seconded National Expert CEPOL-Exchance-Programme

"Aufgaben von CEPOL, das CEPOL Exchange program und Anknüpfungspunkte zur Kriminalprävention"

Die Abkürzung CEPOL steht für die französische Bezeichnung „Collège européen de police“. Die deutsche Bezeichnung lautet „Europäische Polizeiakademie”. CEPOL führt leitende Polizeibeamte aus ganz Europa zusammen und fördert so die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

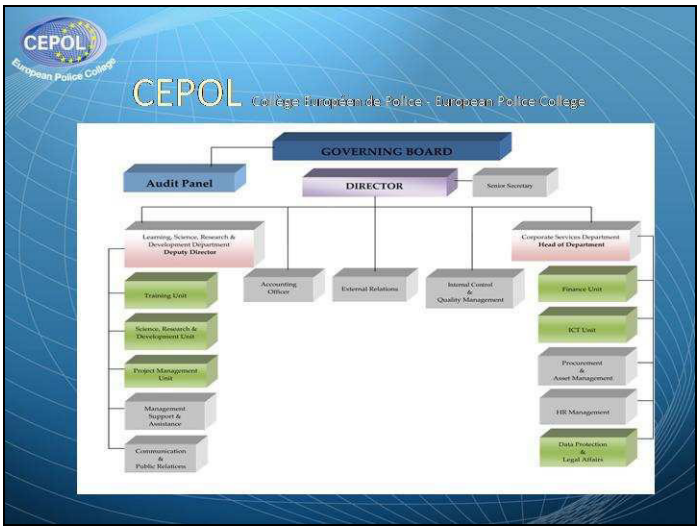
Im Jahr 2005 wurde CEPOL als Agentur der Europäischen Union (EU) errichtet. Das Sekretariat von CEPOL hat seinen Sitz in Bramshill im Vereinigten Königreich, ungefähr 70 km westlich vom Zentrum Londons. CEPOL fungiert als Netzwerk, wobei die Veranstaltungen - Kurse, Seminare, Konferenzen und Sitzungen - in und von den Mitgliedstaaten, in erster Linie in den nationalen Ausbildungseinrichtungen für hochrangige Polizeibeamte durchgeführt werden.

Dabei organisiert CEPOL jährlich zwischen 60 und 100 Kurse, Seminare und Konferenzen zu einer großen Bandbreite von Themen, die für die Polizeiarbeit in Europa heute von Belang sind. Ergänzend führt CEPOL leitende Polizeibeamte im Rahmen eines europaweiten Austauschprogramms zusammen, zu welchem sich Polizeibeamte der EUMitgliedsstaaten zu verschiedenen Themenschwerpunkten – u. a. auch Crime Prevention - bewerben können.

CEPOL
European Police College
Crime Prevention Conference
Presentation, 09 May 2012
Juergen Fehler

CEPOL
European Police College
Crime Prevention Conference
Presentation
1. General introduction CEPOL
2. Courses and Seminars
3. Exchange Programme
4. E-learning facilities
Crime Prevention: 09 May 2012

CEPOL
European Police College
CEPOL Collège Européen de Police - European Police College
European Agency since 2005
Aim: Cross border cooperation in the fight against crime and maintenance of public security and law and order
Vision: acknowledged by allied agencies and authorities in the policing and academic world to be the primary source of learning and development in the field of education and training for better cooperation and policing in Europe
Two departments:
Learning, Science, Research & Development Department
Corporate Services Department


CEPOL
European Police College
CEPOL Collège Européen de Police - European Police College
GOVERNING BOARD
Audit Panel
DIRECTOR
Senior Secretary
Learning, Science, Research & Development Department
Deputy Director
Accounting Officer
External Relations
Internal Control & Quality Management
Corporate Services Department
Head of Department
Training Unit
Science, Research & Development Unit
Project Management Unit
Management Support & Assistance
Communication & Public Relations
Finance Unit
ICT Unit
Procurement & Asset Management
HR Management
Data Protection & Legal Affairs

CEPOL
European Police College
CEPOL Collège Européen de Police - European Police College
Courses, Seminars and Workshops
Facilitates relevant exchanges of police officers in the context of training
Exchange Programme
Provides training sessions, based on common standards, for senior police officers
Common Curricula
E-Learning
Disseminates best practise and research findings
E-Library, Forums
Provides specialist training for police playing a key role in combating cross-border crime, with a particular focus on organised crime

CEPOL
European Police College
CEPOL
Courses and Seminars 2011 (88) and 2012 (93)
Witness protection
Theft of cultural heritage artworks
Trafficking in Human Beings
Fraud and confiscation
Joint Investigations teams
Child abuse and cybercrime
Counterfeit medicines
Fighting against drugs
Economic and Financial crime
Illegal Trafficking of waste and organized crime
... and more ...
Crime prevention
Money laundering
High-tech and Cybercrime
Crime control
Police interviews
Counter terrorism
European Police and Judicial Systems

CEPOL
European Police College
CEPOL
Courses and Seminars 2011 (88)
...
Community policing (Finland)
Community policing (Latvia)
Road safety (Germany)
Crime Prevention (Sweden) – connected to EUCPN (EU Crime Prevention Network)
Crime Control and Traffic Safety (Hungary)
Public Private Partnership (Spain)
Future Crime Trends (Presidency)
Dealing with Crime Victims (Sweden)
....

CEPOL
European Police College
CEPOL
Courses and Seminars 2012 (93)
...
Crime Prevention (Sweden) – connected to EUCPN (EU Crime Prevention Network)
Community policing (Finland)
Future Crime Trends (Presidency)
Dealing with Crime Victims (Sweden)
Crime Prevention through Environmental Design (Latvia)
Researchers and Practioners Workshops Crime Analysis and Crime Intelligence
....
Example Curriculum
Example Draft agenda
CEPOL European Police Exchange Programme

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme
Exchange Programme
Study visits
ExPro Team
Commanders
Main Topic Trafficking in Human Beings

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme - Framework
• EC / CEPOL covers
✓ Cost for flight
✓ Cost for hotel (half board basis)
✓ eventually lunch and domestic transport has to be covered by sending country
• Exchange period
✓ 13 days / 12 nights
✓ if both parties agree the period could be shortened to five working days
• Mutual Exchange
✓ host – Exchangee and Exchangee - host

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme 2012
• Topics dedicated to (senior) police officers / training staff / Commanders
Police Officers
•MT Trafficking in Human Beings
•Community Policing and Prevention of Radicalisation
•Financial Crime
•Managing Major Events
•International Information Exchange
•Forensic
•Crime Prevention
•Drug Trafficking
•Counter Terrorism
•Human Rights
•Organised Crime
•Cyber Crime
•Illegal Immigration (new)
•Synthetic Drugs (new)
•Container Shipments (new)
•Mobile Organized Crime Groups (new)
•Network for Fugitive Active Search Teams (ENFAST) (new)
Training Staff
•Police Training and Education Systems
•Civilian Crises Management
•Distant Learning
•Learning Environment
Commanders
•Management and leadership
•Police ethics
•Public private partnerships

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme 2011
• Preferred Topics 2011
English language
Investigative Interviewing
Forensic photography
Vehicle Crime and registration
CEPOL
Firearms training
Distant learning / Learning Environment
Civilian Crises Management
Police Training / Educational System
Organised Crime
Human Rights
Trafficking HB
Counter Terrorism
Drug Trafficking
Crime Prevention
Forensics
International Information Exchange
Managing Major Events
Financial Crime
CP / Prevention of Radicalism
0 5 10 15 20 25 30 35
Phase 2
Phase 1

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme – Commanders 2011
Topics:
•Management and leadership
•Police ethics
•Public private partnerships

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme – Commanders 2011
Main Topics
Public Private Partnership
Police Ethics
Management and Leadership
0
5
10
15
20
25

CEPOL
European Police College
CEPOL European Police Exchange Programme – Statistics
• 2011
– Regular Exchange Programme (two calls) - 185
– Commanders - 17
– Four Study visits - 90
• 2012
– Regular Exchange Programme (one call) - 234
– Commanders - 24
– Six Study visits - ?

CEPOL European Police Exchange Programme – study visits 2012

- 1st Europol study visit
  - 21 - 25 May 2012 in The Hague only)
- 2nd Europol study visit
  - 17 – 21 September 2012 in The Hague
- 3rd Europol/Eurojust study visit (ENP)
  - Second half of 2012
- EMCDDA
  - 11 – 13 July 2012 in Lisbon
- Frontex
  - In October 2012 in Warsaw
- OLAF
  - 11 – 13 June 2012 in Brussels

CEPOL – E-Learning

- Police knowledge bases
  - News forum / best practise
  - Discussion forum / live chat
  - Webinars (26 in 2012)
    - Recorded webinars
    - Cyber threat, bio terrorism, facebook, social media in policing (and strategic impact), domestic violence
    - No "crime prevention" webinars until now
  - Language training (common terms)
- Target group: Law enforcement officers of the 27 European Member States

Questions?

Contact

Jurgen.Fehler@cepol.europa.eu
Phone +44 1256 602209

Thank you for your attention!

Crime Prevention: 09 May 2012

Prof. Dr. Bernhard Frevel, Hochschule für Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

"Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt"

Als ein wesentliches Merkmal kommunaler Kriminalprävention ist das Arbeiten in Netzwerken hervorzuheben. Seit den 1990er Jahren gelten Kriminalpräventive Räte, Runde Tische und Arbeitskreise als quasi unverzichtbare Elemente. Vor allem Polizei, Kommune, Bildungseinrichtungen und Wohlfahrtsvereinigungen sind Kernmitglieder, aber auch Freizeitvereine, Nachbarschaften und "freie" Bürger werden hier beteiligt.

Es entstehen neue Formen der Steuerung in einem wichtigen, die Bürgerschaft unmittelbar betreffenden Politikfeld Innere Sicherheit. Politikwissenschaftlich können diese Netzwerke aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden: So knüpfen die Betrachtungen der Governance-Diskussion hier an, sind Aspekte der Bürgerkommune interessant und können die Grundfragen an *multi-agency partnerships* hier politikfeldspezifisch analysiert werden. Zudem sind Fragen nach der Legitimität und Effizienz öffentlichen Handelns zu betrachten. Aus politikwissenschaftlicher Sicht werden in diesem Vortrag zentrale Erkenntnisse aus zwei empirischen Forschungsprojekten zur "Kooperativen Sicherheitspolitik in der Stadt" diskutiert, die sich mit den Akteurskonstellationen in Gremien befassen.

Die Frage, warum die verschiedenen Akteure mit welchen eigenen Interessen die Kooperation suchen, welchen Nutzen sie ziehen und anderen Partnern bringen, wie sich Tauschbeziehungen gestalten und welche thematischen Orientierungen sich aus den Akteurskonstellationen ergeben, wird dargestellt, um anschließend der Frage nachzugehen, ob und in welcher Form, Intensität und Reichweite nichtinstitutionelle Akteure, also der Bürger, legitim und sinnvoll in solchen kriminalpräventiven Gremien beteiligt werden können oder sollen.

Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – Braucht es hier Bürgerbeteiligung?

HföV Bremen
„Kommunale Kriminalprävention und Bürgerbeteiligung"
Prof. Dr. Bernhard Frevel
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW
– Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften –

Ausgangslage

- **Sicherheit und Ordnung, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im lokalen Raum**
- **Aufbau von vernetzter Sicherheitsproduktion mit Kriminalpräventiven Räten und Ordnungspartnerschaften etc.**
- **Forschungserkenntnisse zu**
  - **Verbreitung der Gremien**
  - **Thematischer Schwerpunktsetzung**
  - **Struktur- und Organisationsprinzipien**
- **Forschungsbedarf zu internen Strukturen, Prozessen und Wirkungen**
- ***Hier*: Fokus Akteursanalyse und Bürgerbeteiligung**

Forschungshintergrund

- Projekt 1: Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten
  - **Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften**
  - **Planungs- und Leitungsebene**
- Projekt 2: Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt
  - **Arbeitsgremien zu ausgewählten Handlungsfeldern**
  - **Arbeitsebene**

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Akteure in der Kriminalprävention

Grundthese:

•Alle relevanten Akteure aus staatlichem, gesellschaftlichem und ökonomischem Sektor sollen an der Querschnittsaufgabe beteiligt werden, deviantes Verhalten zu vermeiden, Kriminalität und (gravierende) Ordnungsstörung zu verhüten und das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen zu stärken.

Akteure in der Kriminalprävention

Nebenthese:

•Bürgerinnen und Bürger sind in der kommunalen Kriminalprävention als Akteure einzubinden, da sie

- direkte Wahrnehmung von Problemen haben,
- Träger der informellen Sozialkontrolle sind,
- mit zivilgesellschaftlichen Maßnahmen Devianz bekämpfen und Integration leisten können.

Akteure in der Kriminalprävention

Gegenthese:

•Die Integration von Bürger/innen in kriminalpräventiven Gremien bringt wenig positive Effekte, vielmehr werden

- die Verhandlungskosten erhöht,
- die Qualität der Beratung gemindert,
- die Effizienz nicht erhöht und
- ist die Legitimitätsfrage kritisch zu sehen.

Aus der Forschung...

- Die Beteiligung „freier" Bürger in Planungs- und Entscheidungsgremien ist selten.
- Gremien leben von der Zusammenarbeit der „Zuständigen" und „Profis".
- Akteursrekrutierung folgt impliziten Zielen per Kooptation.
- Programmausrichtung ist von „Initial"-Akteuren geprägt.

Aus der Forschung...

- Grundlage der Zusammenarbeit in Gremien ist die abgestufte Zielsetzung der Kommunikation, Koordination und Kooperation.
- Effektivitäts- und Effizienzanforderungen reduzieren die Akteursvielfalt.
- Kernelement der Zusammenarbeit ist der „gerechte Tausch" von Ressourcen.
- Wichtige Ressourcen sind vor allem Information, Infrastruktur, Arbeitskraft, Spezialwissen, Zielgruppenzugang.

Aus der Forschung...

Bürger?

Gewichtetes Partizipationsprofil der Akteure im policy-cycle

	Stadt	Polizei	Justiz		Wohl-fahrts-verbände	Anspruchs-vereini-gungen	Freizeit-vereine
			AG	StA			
Problem(re-)definition	●	●	•	●	●	●	•
Agenda-Setting	●	●	•	●	●	•	
Politik-formulierung	●	●		•	●	•	
Politikimple-mentation	●	●		●	●	•	•
Politik-evaluierung	●	●			●		

Quelle: Frevel: Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Frankfurt 2007, S. 176.

Schlussfolgerung

- In der Mehrzahl der Gremien gibt es keine Einbindung von „freien“ Bürgerinnen, da sowohl die Legitimität als auch die Effizienz hierdurch nicht gesteigert werden.
- Geht es um Koordination und Kooperation sind die „Zuständigkeit“ und „Professionalität“ gefordert und ist die Einbindung von Akteuren ohne besonderes Ressourcenangebot unnütz.

Schlussfolgerung

- Nicht die Integration in die Gremienarbeit leistet die angestrebten positiven Wirkungen bürgerschaftlicher Beteiligung.
- Gefordert ist vielmehr die zielgerichtete Erfassung von bürgerschaftlichen Problemeinschätzungen, Handlungsanforderungen und ausgewählten Beteiligungsmöglichkeiten.
- Nicht allgemeine Öffnung und breite Beteiligung, sondern Qualität der Partizipation müssen in den Fokus gerückt werden.

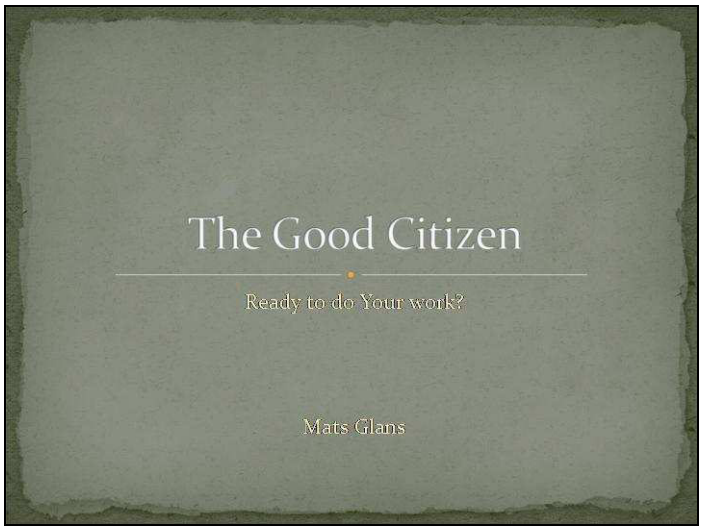
LL.M. Mats Glans, City Office Malmö – Departement of Societal Safety and Risk Management

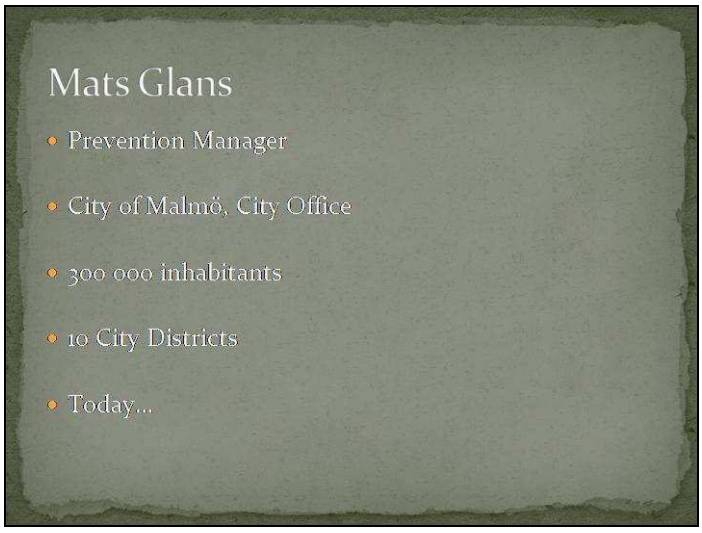
Der gute Bürger - Bereit deinen Beitrag zu leisten?

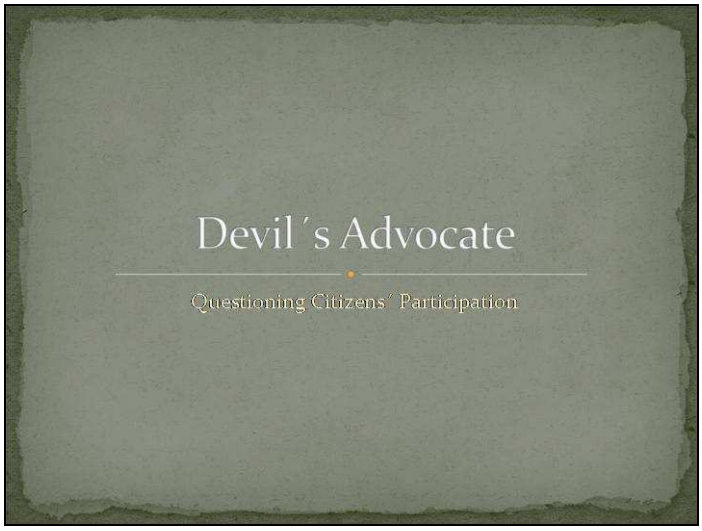
Eine der größten Herausforderungen auf dem Feld der Prävention ist die Sicherung der Qualität der Arbeit, d.h. tue die richtigen Dinge und tue sie auf richtige Art und Weise. Ich weise darauf hin, dass das in den meisten Fällen nicht ordentlich geschieht. Warum das? Die Antwort ist natürlich vielfältig, hat aber oft damit zu tun, dass es an einem System für Präventionsplanung und für ihre Durchführung mangelt.

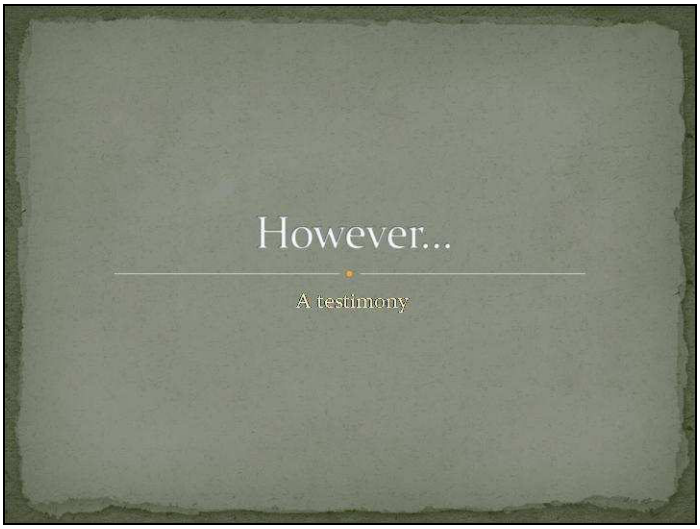
Ein verbreitetes Szenario, zumindest in Schweden, ist, dass die Medien einige ernste Vorfälle beschreiben – z.B. bandenbezogene Schießereien/Morde, Raub durch Jugendliche, Krawalle, Brandstiftungen – und/oder die soziale Situation in Vorstädten mit Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenmissbrauch usw. Politiker und/oder Leiter in Gemeinden, da sie die Menschen mit guten Absichten und Zielen sind, reagieren, indem sie sagen: Wir müssen etwas in dieser Sache tun – jetzt! Oft mit der zusätzlichen Anordnung: Und wir müssen die Bürger bei dieser Arbeit beteiligen!

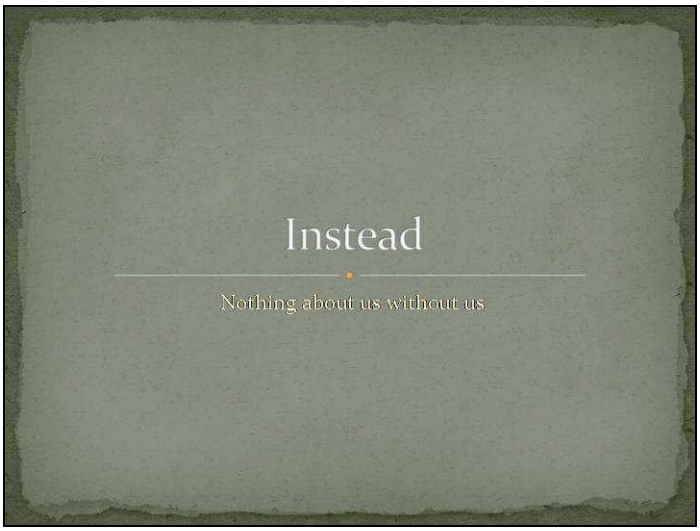
Diese Reaktion kann das „Problem der Woche – Syndrom“ verursachen, bei dem man herumrennt und Feuer löscht, sowie sie ausbrechen. Das Resultat: vom Bauch (der Intuition) geleitete, an Aktion orientierte Verschwendung von Zeit und Geld. Gute Absichten sind nicht genug für eine effektive Präventionsarbeit. Das könnte sogar schädlich sein. Ein System (Struktur und Professionalität), um Entscheidungen zur Qualität von Präventionsmaßnahmen zu treffen, ist vorrangig, wenn man einen wirklichen Wandel will. Wenn man durch diese Brille auf die Beteiligung der Bürger schaut, sollte man sich fragen: Warum? Was ist der Zweck der Bürger-Beteiligung? Wie passen sie hinein, oder: passen sie überhaupt hinein?

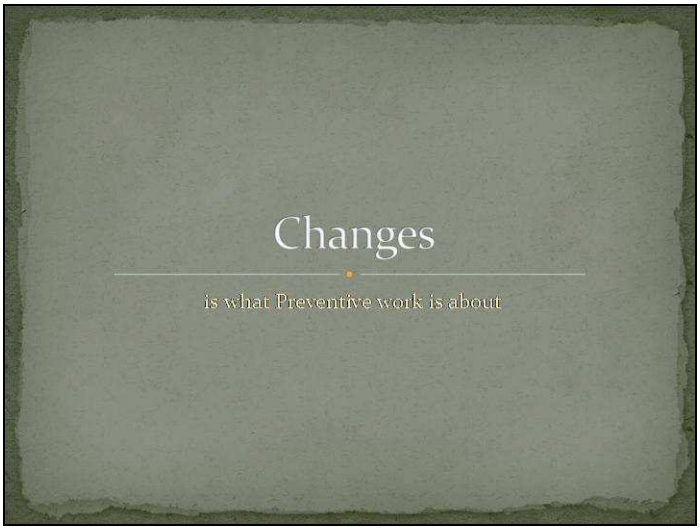

The Good Citizen
Ready to do Your work?
Mats Glans


Mats Glans
Prevention Manager
City of Malmö, City Office
300 000 inhabitants
10 City Districts
Today...


Devil´s Advocate
Questioning Citizens´ Participation


However...
A testimony


Instead
Nothing about us without us


Changes
is what Preventive work is about

Can you handle the truth?

Jack Nicholson

We need to do something about…

- Riots
- Drug Abuse
- Robbery
- Juvenile Delinquency
- Gang Criminality…

NOW!!!

Recognize it?

chasing solutions?

First: Do Not Panic!

We do a lot of bad things in panic

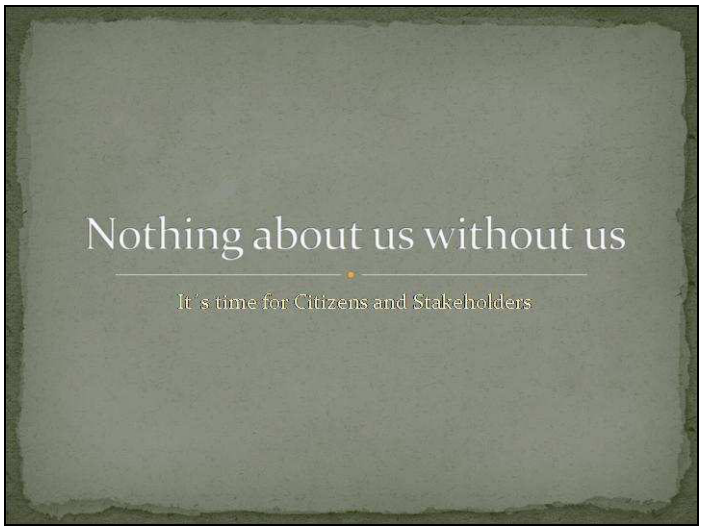
Panic?

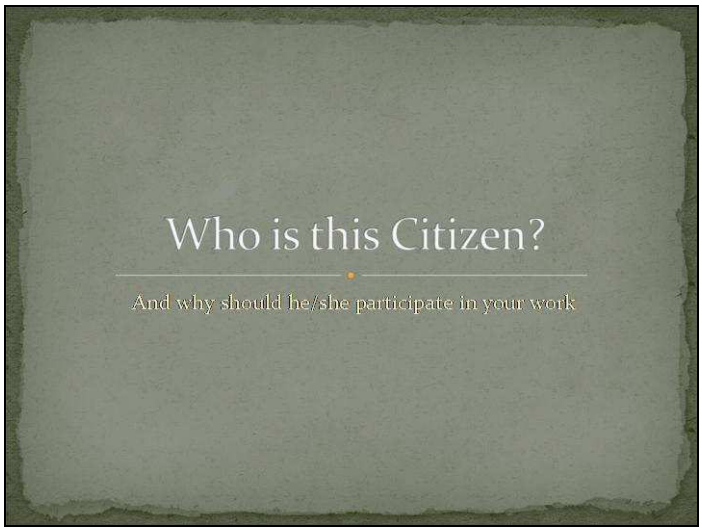
Crime troubled area

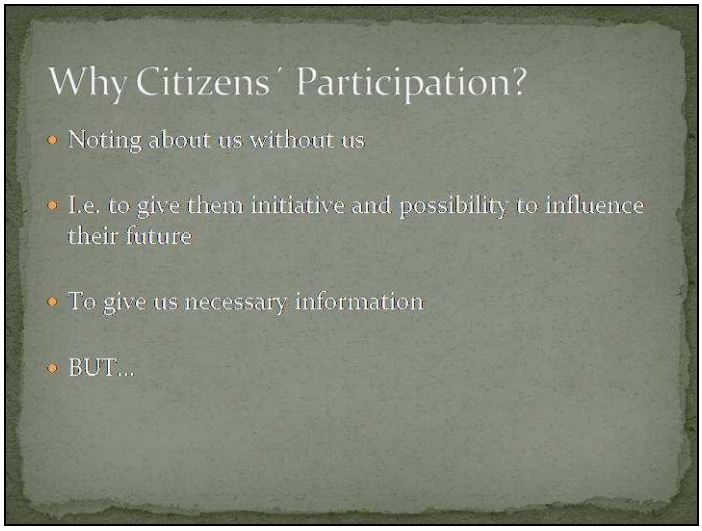
Solution?

Prevention – within a logical framework

- What is the problem?
  - Are we sure about that?
- Which are the underlying factors causing the problem? (risk & protective factors)
- Are there programs dealing with these factors?
- We agree on objectives for the work
- Implement programs with fidelity and sustainability
- Follow up (process) and evaluate (effects)


Nothing about us without us
It´s time for Citizens and Stakeholders


Who is this Citizen?
And why should he/she participate in your work


Why Citizens´ Participation?
Noting about us without us
I.e. to give them initiative and possibility to influence their future
To give us necessary information
BUT...

Consider…

- Whose future, and are the people involved representative for that group(s)?
- What are their motivations - are they victims of crime, ex-convicts, ex-addicts, unemployed, do-gooders etc?
- Ulterior motives?
- Do they have enough skills; can they be objective in advocating/choosing measures?

Consider…

- Do you really want them to influence decisions, or actually make decisions, which means spending public money?
- Do you need a "hostage", a group of citizens in a "Community Board", "Reference Group" or similar defending your decisions among their peers in the society?
- Is citizens´ participation consistent with the democratic system, were we elect our representatives?

Something about implementation

- We are faced with the paradox of non-evidence-based implementation of evidence-based programs (Drake, Gorman & Torrey, 2002)
- Result: !!

Is there a solution

yes

Communities That Care

is the solution

Thanks to Dr Rainer Hoffmann, HfÖV, and for your attention

Contact:
mats.glans@malmo.se
+46 709 29 85 82

M.E.S James W. Hilborn, Baltic Institute for Crime Prevention and Social Rehabilitation

"Aufbau der Kommunalen Kriminalprävention in Estland "

Die Organisation “Estonian Neighbourhood Watch Association” (2000- 2012) ist ein Beispiel für den Prozess, das Ausmaß an Gemeinschaftsbeteiligung aufzubauen, das nötig ist für die Prävention von Kriminalität. Bedingt durch seine Geschichte, seine Kultur und die Ereignisse der vergangenen sieben Jahrzehnte in Estland ist der Begriff - Gemeinschaftsbeteiligung- ziemlich problematisch.

Die Analyse von ENWA gebraucht den Begriff der Salutogenese und kontrastiert Saul Alinskys Konflikt-Modell vom Organisieren (in) der Gemeinschaft mit der Entwicklung (in) der Gemeinschaft. Die Analyse versucht, beides zu erklären: den Prozess der individuellen Beteiligung bei ENWA und auch den Rückgang von Kriminalität (oder zumindest den Rückgang der Angst vor dem Verbrechen).

Die Analyse basiert auf ENWA-Literatur und Interviews mit Tarmo Valk, dem Gründer von ENWA und ersten geschäftsführenden Direktor, Tiina Ristmae, der zweiten geschäftsführenden Direktorin von 2007 – 2011, und Anu Leps (Politikreferent, Justizministerium Estland).

Estonian Neighborhood Watch Association 2000-2012

Salutogenic Community Organizing

Jim Hilborn

Baltic Institute for Crime Prevention and Social Rehabilitation

www.crimeless.eu

Evidence based Crime Prevention

- Developmental Prevention- targets risk and protective factors to increase probability of prosocial acts in the future- good evidence
- Situational Prevention-changes the situation to remove the factors that create the criminal opportunity (offender, victim, place)- some evidence for specific situations.
- Community Prevention- actions to change the social/community/neighborhood causal processes linked to crime and anti-social behaviors - weak evidence? good social justice.

Neighborhood

Neighborhood is generally defined spatially as a specific geographic area and functionally as a set of social networks. Neighborhoods, then, are the spatial units in which face-to-face social interactions occur—the personal settings and situations where residents seek to realize common values, socialize youth, and maintain effective social control.

Schuck and Rosenbaum , 2006

Community Crime Prevention

community crime prevention is actions intended to change the social conditions that are believed to sustain crime in residential communities (Tim Hope, 1995)

community crime prevention is actions intended to change the causal processes believed to develop and sustain crime in specific geographic locations (Schuck and Rosenbaum , 2006)

Watch Programs

Theoretically, neighborhood watch-type activities address crime through the causal processes of informal social control and opportunity reduction. Through increased social contact and interaction, these programs are intended to reduce crime and fear of crime by increasing residents' social bonding, sup-port, and cohesion. Additionally, through increased surveillance and moni-toring of the neighborhood, these social groups seek to reduce opportunities for crime.

Schuck and Rosenbaum,2006

ENHWA

A Neighbourhood Watch) is a citizens' organisation devoted to the prevention of crime and vandalism within a neighbourhood. It is not a vigilante organisation, since members are expected not to directly intervene in possible criminal activity. Instead, Neighbourhood Watch members are to stay alert to unusual activity and contact the authorities ....

It is a theory whereby everybody has a duty and opportunity to act towards safer homes. It is important that you NOTICE and then you REACT. Learn to no-tice comes with time and experience but also by following the example of other people. ... Being part of a Neighbourhood Watch should be integrated into each member's everyday life (Tiina Ristmae, 2008).

NW Doesn't Work

The Sherman et al review in 1997 concluded that

"The oldest and best-known community policing program, Neighborhood Watch, is ineffective at preventing crime "

Nick Tilley(2009) found

- The lack of evidence on effectivenes
- The tendency of schmes to be more easily seeded in low-crime areas
- The decline in activity that normally quickly folows the setting up of schemes

NW Doesn't Work

Schuck and Rosenbaum (2006) state that the general pattern of results can be summarized as follows:

- An increased awareness of and participation in program
- No change in crime rates
- No change in resident's fear of crime
- No change in resident's social cohesion
- No change in other intermediate social processes

The most rigorous impact assessments provide little empirical evidence for crime reduction effects that are attributable to neighborhood watch-type activities

NW Does Work

- A number of Police Forces were able to confirm that crime had reduced in N&HW areas and, correspondingly, residents were able to report reductions in the fear of crime.
- It is clear that in many parts of the country N6HW has played a significant role in improving people's quality of life and in fostering community spirit (ERS Research and Consultancy 2010).

NW Does Work

- Main Results
- The main findings of the *narrative review* was that the majority of the schemes evaluated indicated that the neighborhood watch was effective in reducing crime.
- The main findings of the *meta-analysis* was that the weighted means odds ratio for all studies combined as 1.19 using the fixed effects method and 1.36 using the random effects method. The results of both methods show the neighborhood was associated with a reduction in crime of between 16 per cent and 26 per cent (Bennett, Holloway and Farrington ,2008).

NW Does Work

The main mechanisms of the "watch" part of neighborhood watch are:

a) Residents operating as "eyes and ears" of the police (i.e. surveillance).

b) Residents reprotig suspicious behavior to the police or neighborhood co-ordinator

c) Residents interacting and working together to solve problems (which might strengthen social cohesion, collective efficacy, commuity activism, and other mechanisms of informal control.

Bennett, Holloway and Farrington ,2008

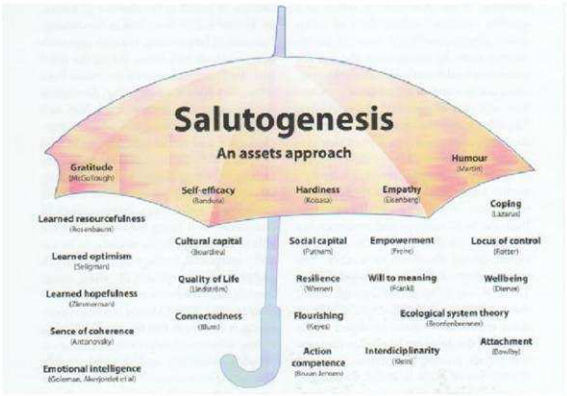
ENHWA Does Work

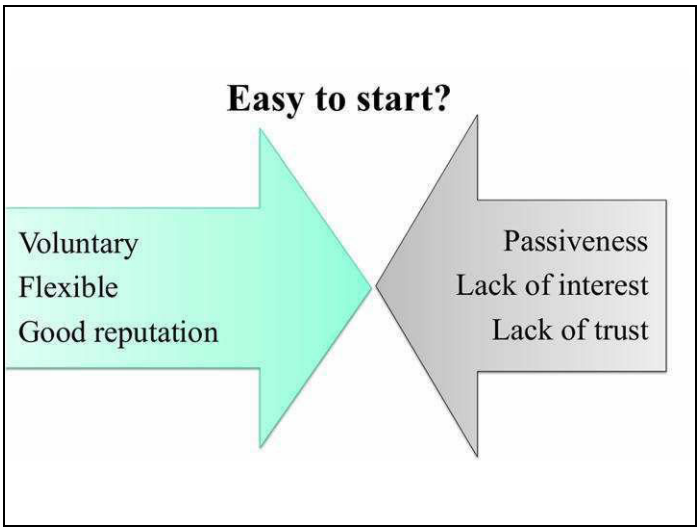
- The Estonian Neighbourhood Watch Association was founded on the 5th of May 2000
- In December 2007 there were 365 Neighbourhood Watch sectors and 9.862 members of NHW. In June 2011 there are 494 NW sectors involving 11, 727 households. ENHWA operates throughout all of Estonia.
- Surveys in 2004, 2006 and 2008 show that the people feel more safe, the relations between neighbours are improved and people believe that crime has been reduced.
- The Estonian Ministry of Justice has carried out two activity audits - in 2007 and 2009, that showed that the ENHWA has been effective.

NW Does Work- Salutogenic Community Organizing

NW is community organizing around "hot issues" that motive people to take action togéther.

People get involved with Neighborhood Watch because it gives them a sense of coherence, the activity is salutogenic. They have a better understanding of what is happening- the criminal event becomes understandable, and in the idea of crime prevention they find a meaningful response to crime that they can value, and in the involvement with NW and the direct action of community crime prevention they find manageability and a sense of empowerment. Instead of being trapped in fear of crime, or as helpless victims, they become more empowered and have a better quality of life.


Salutogenesis
An assets approach
Gratitude
Self-efficacy
Hardiness
Empathy
Humour
Coping
Learned resourcefulness
Learned optimism
Learned hopefulness
Sence of coherence
Emotional intelligence
Cultural capital
Quality of Life
Connectedness
Social capital
Resilience
Flourishing
Action competence
Empowerment
Will to meaning
Interdiciplinarity
Locus of control
Wellbeing
Ecological system theory
Attachment


Easy to start?
Voluntary
Flexible
Good reputation
Passiveness
Lack of interest
Lack of trust

NHW DISTRICT
(the district leader)
NGO ENHW
(Managing director)
NHW
CONTRACT
LOCAL
GOVERNEMNT
(the mayor)
ESTONIAN POLICE
(the chief of the station)

Andries Nederhoed, Polizei Groningen

"Bürgerbeteiligung in der Praxis"

In der Polizei Groningen wird immer wieder nach neuen Möglichkeiten gesucht, Bürger mit Blick auf Lebensqualität und Sicherheit in die Polizeiarbeit einzubeziehen.

Einer der Möglichkeiten ist das Projekt "Stadtviertel Forum (Wijkpanal)".

Der Vortrag will darüber berichten, was in dem Projekt gut gelingt und was in der Arbeit nicht gut gelingt.

Polizei Groningen (NL)

«waakzaam en dienstbaar»

Dank.nu

POLITIE Groningen

Indischen Viertel

» Sucht
» Arbeitslosigkeit
» Geringe Ausbildung
» Häusliche Gewalt
» Einelternfamilien

«waakzaam en dienstbaar»

Dank.nu

POLITIE Groningen

Mission

» Kennen und gekannt werden

» Netzwerken

«waakzaam en dienstbaar»

Dank.nu

POLITIE Groningen

Bürgerbeteiligung

» Lebensqualität

» Sicherheit

» Gesellschaftliche Einrichtungen

«waakzaam en dienstbaar»

Dankan

POLITIE Groningen

Social Media

» Facebook

» Twitter

» You Tube

«waakzaam en dienstbaar»

Dankan

POLITIE Groningen

Viertelforum

» Ausgewählte Bewohner

» Problem in Viertel – in der Strasse

«waakzaam en dienstbaar»

Dankan

POLITIE Groningen

Wahl der Strasse

» Negatives Bild

» Bestätigung

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE
Groningen

Arbeitsweise

» Gespräch

» Zusammenstellung der Top 3

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE
Groningen

Vorgehensweise bei der Top - 3

» Was mus geschehen?

» Wer macht was?

» Was ist Ihre eigene Rolle?

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE
Groningen

Regie

» Dreieck-Beratung

» Wer macht was?

» Regie bei der Gemeinde

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE Groningen

Auswertung

» Wurden die getroffenen Absprachen eingehalten?

» Was haben wir gelernt?
» Schneller Fokus
» Top – 3
» Absprachen

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE Groningen

Grundwerte

» Zusammenarbeit
» Motivation

» Engagement
» Kreativität

«waakzaam en dienstbaar»

POLITIE Groningen

Motto
Sagen, was man tut
und
tun, was man sagt
«waakzaam en dienstbaar»
POLITIE
Groningen

Dr. Rainer Hoffmann / M. A. Alexander Bähr, Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen / IPoS

"Kompetenzen in der Kommunalen Kriminalprävention"

Bürgerbeteiligung gilt als eines der konstituierenden Merkmale der Kommunalen Kriminalprävention. An Bürger und Bürgerinnen sind die unterschiedlichsten Rollenerwartungen gerichtet. Sie sollen beispielsweise Informationen liefern, Themen vorschlagen und die informelle Sozialkontrolle stärken.

Häufig geäußert ist der Wunsch einer Bürgerbeteiligung in der institutionalisierten Kommunalen Kriminalprävention in Form von Präventionsgremien. Studien zeigen jedoch, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Bürgerbeteiligung findet in Deutschen Präventionsgremien kaum statt. Durch konkrete und direkt an die Bedarfe von Bürgern ausgerichtete Projekte soll gemeinsam mit ihnen dieser häufig als Problem beschriebene Zustand geändert werden.

Eine wichtige Gelingensbedingung scheint ein hoher sozialer Zusammenhalt zu sein. Ohne sozialen Zusammenhalt, Solidarität und Verantwortungsübernahme scheint der Anspruch einer bürgerbeteiligten Kommunalen Kriminalprävention uneinlösbar zu sein. Deshalb ist für eine erfolgreiche Kommunale Kriminalprävention die Entwicklung von Beteiligung ermöglichenden und fördernden Strukturen unabdingbar.

In dem Vortrag wird auf den Zusammenhang von sozialem Zusammenhalt und Kommunaler Kriminalprävention unter Berücksichtigung aktuellen Entwicklungen eingegangen. Weiterhin wird auf hierfür notwendige Vernetzungskompetenzen eingegangen, denn ein Kernelement der nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der Kommunalen Kriminalprävention stellt die Kooperation ihrer Beteiligten dar. Kooperationen oder Netzwerke zu generieren, zu pflegen und auszubauen gehört zu den Grundkompetenzen von Vorbeugungsaktivitäten. Allerdings stößt auch hier der gute Netzwerkwille oftmals an seine Grenzen, führt zu Frustrationen und Beeinträchtigungen der Kommunalen Kriminalprävention. Der Beitrag hebt einerseits auf Grenzen der Kooperationen ab, führt aber andererseits auch Vernetzungsempfehlungen aus.

IPOS
Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung

HfÖV
Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen

Kompetenzen in der Kommunalen Kriminalprävention

–

Kernelemente zur Entwicklung und Verbesserung der Kommunalen Kriminalprävention

Fachtagung „Kommunale Kriminalprävention und Bürgerbeteiligung – Zwischen „Wachsamer Nachbar" und Hausaufgabenbetreuung"

Alexander Bähr / Dr. Rainer Hoffmann – 10.05.2012

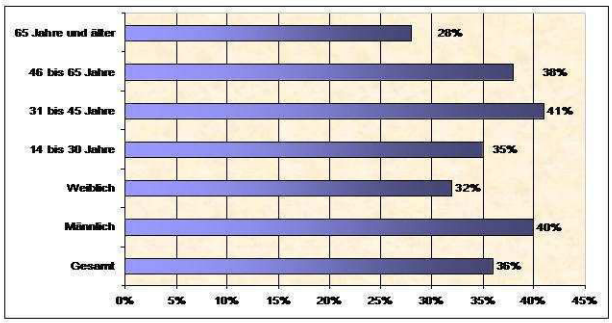
Gliederung

- Freiwilliges Engagement in Deutschland
- Soziale Kohäsion und freiwilliges Engagement
- Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention
- Handlungsempfehlungen
- Kommunale Kriminalprävention und Kompetenzen
- Kernelement Vernetzung
  - Ausgangslage Lebenswelt
  - Ausgangslage Stadtentwicklung
  - Ausgangslage Kommunale Kriminalprävention
  - Ausgangslage Politischer Wille
- Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

2

Freiwilliges Engagement in Deutschland

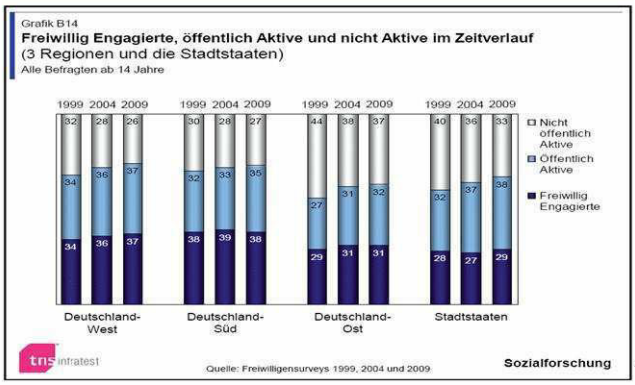
Freiwilliges Engagement in Deutschland nach Geschlecht und Altersgruppen



(Quelle: Freiwilligensurvey 2009, S. 99)

3

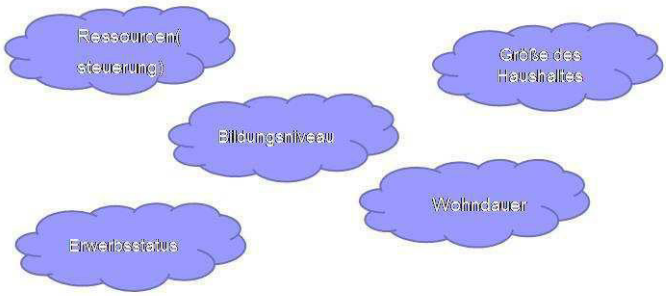
Freiwilliges Engagement in Deutschland



4

Freiwilliges Engagement in Deutschland

Weitere Einflussfaktoren:



5

Wandlungsprozesse des Ehrenamtes

- **Reduzierung der Bleibe- und Bindungsbereitschaft**
- **Entidealisierung der Motive**
- **Erhöhung des Konkretionsgrades der Aufgabenstruktur und Veränderung der Identifikationsanknüpfung**
- **Ausweitung selbstbestimmter Gestaltungsanteile**
- **Individualisierung des Zugangs zum Ehrenamt**
- **Erhöhung der Qualifikationsanforderungen und des Anspruchsniveaus**

(Schöll 2004, S. 75 ff.)

6

Soziale Kohäsion und freiwilliges Engagement

"Soziale Kohäsion ist die Fähigkeit einer Gesellschaft das Wohlergehen all seiner Mitglieder sicherzustellen, Disparitäten zu minimieren und Ausgrenzung zu vermeiden." (Council of Europe – Committee of Ministers 2007, eigene Übersetzung)

7

Soziale Kohäsion und freiwilliges Engagement

Herausforderungen für Soziale Kohäsion

(Council of Europe – Committee of Ministers 2007)

8

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention

Sind Bürger und Kommunale Kriminalprävention kompatibel?

9

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention

Bürger als:

- informeller sozialer Kontrolleur
- „vergrößertes Auge"
- Agendasetter
- Sicherheitspartner
- Informationszulieferer
- Sicherheitswächter
- „verlängerter Arm"
- Multiplikator

(Quelle: Frevel et al. 2008)

10

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention

Bürgerschaftliches Engagement / Kommunale Kriminalprävention		
Abstrakt	vs.	Konkret
Normative / Strategische	vs.	Operative Ebene
Hauptamtliche / Professionelle	vs.	Freiwillig Engagierte
Geringe Identifikation	vs.	Hohe Identifikation
Gefordertes Engagement	vs.	Freiwilliges Engagement
Partikulariinteressen	vs.	Gemeinwohlinteresse
Egoistisch-selbstbezügliche	vs.	Altruistisch-fremdbezügliche Motivorientierung

11

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention

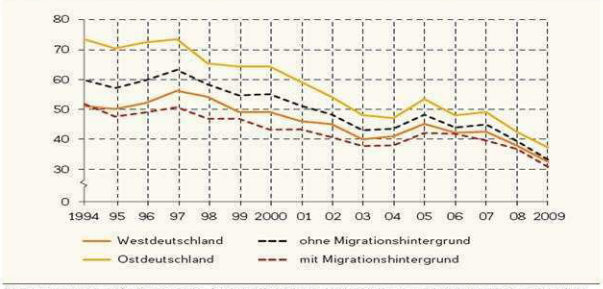
„Kriminalität und Kriminalitätsfurcht sind wesentliche Einflussfaktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie das Gefühl der Verunsicherung verstärken können und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum konditionieren. Es sind weniger die unsichtbaren Delikte der Wirtschafts- oder Steuerkriminalität, welche die subjektive Sicherheit beeinträchtigen, als bestimmte Formen der Alltagskriminalität: Straßenraub, Wohnungseinbrüche, Körperverletzung und Jugendgewalt. Doch gerade die Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen, die Bildung gewaltbereiter Banden und die von Jugendlichen begangenen Straftaten treffen die sozial schwachen Stadtteile stärker als die wohlhabenden."

(Quelle: Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales 2010, S. 38)

12

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalen Kriminalprävention

Abb. 1: Kriminalitätssorgen, 1994–2009, »Große Sorgen«, in %



Antwortkategorien: große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen. Migrationshintergrund schließt eigene und elterliche Migrationserfahrung mit ein.
Datenbasis: SOEP 1994-2009.

(Quelle: Datenreport 2011, S. 257)

13

Handlungsempfehlungen

- Professionelle müssen Verantwortung übernehmen
- Professionelle müssen unterstützt werden
- Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten anbieten
- Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen
- Rollenerwartungen reduzieren / konkretisieren
- Attraktivität / Anerkennung der Kommunalen Kriminalprävention steigern

14

Kommunale Kriminalprävention und Kompetenzen

- Komplexität der Kommunalen Kriminalprävention
  - Institutionalisierung kriminalpräventiver Gremien
  - Vernetzung
  - Drittmittelbeschaffung
  - Projektmanagement
  - Evaluation
  - Öffentlichkeitsarbeit
  - Kriminologische Kenntnisse / (aktuelles) Fachwissen

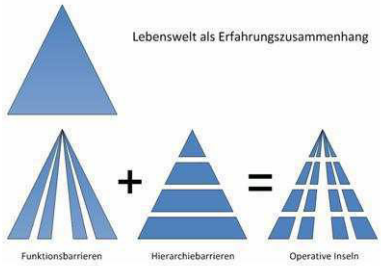
15

Kernelement Vernetzung

16

Ausgangslage Lebenswelt

- **Ausgangslage Lebenswelt:**
  Die Versäulung und Verinselung der Lebenswelten



(Quelle: Schubert 2007, S. 21)

17

Ausgangslage Stadtentwicklung

Praktische Vorschläge aus wissenschaftlichen Diskursen über Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts:

Für die Stadtentwicklung werden genannt:

- **Mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerstiftungen**
- **Stärkung von Minderheiten**
- **Projekt Soziale Stadt**
- **Armuts-, Reichtumsberichterstattung**
- **Stärkung der Resilienz**
- **Netzwerkbildung**
- **„community policing"** (Bundesinnenministerium des Inneren (Hrsg.), 2009, S. 83)

18

Ausgangslage Kommunale Kriminalprävention

Tatort-Wohnsitz-Beziehung nach Tatverdächtigen

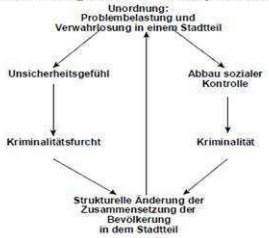
Schlüssel der Tat	Schlüssel-Text (Langform siehe Straftatenkatalog)	Schlüssel	Tatverdächtige insgesamt	Tatverdächtige nach Wohnsitz									
				in der Tatortgemeinde		im Landkreis der Tatortgemeinde		im Bundesland		im übrigen Bundesgebiet		außerhalb des Bundesgebietes	
				Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
——	Straftaten insgesamt	M	1 605 581	957 644	59,6	188 363	11,7	383 660	23,9	140 552	8,8	69 820	4,3
——	Straftaten insgesamt	W	543 242	340 624	62,7	57 145	10,4	119 504	21,8	34 350	6,3	18 808	3,4
——	Straftaten insgesamt	X	2 152 803	1 298 268	60,3	245 508	11,4	503 172	23,4	174 902	8,1	88 628	4,1

(Quelle: PKS 2010, S. 169)

19

Ausgangslage Kommunale Kriminalprävention

- Anzeigebereitschaft und Anzeigeaufkommen der Bevölkerung (ca. 80%)
- Gegenüber Kontrolldeliktstätigkeit der Polizei (ca. 20%)



(Quelle: Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) 2002, S. 354)

20

Ausgangslage Politischer Wille

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Bremen

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Landesverband Bremen

21

Ausgangslage Politischer Wille

Inneres - *Prävention, Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung*

„Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist die Verhinderung von Straftaten. Darum ist die Prävention zentraler Baustein unserer Innenpolitik. Wir haben beim Innenressort die ‚Kooperationsstelle Kriminalprävention' geschaffen. Mithilfe dieses Instrumentes wollen wir die lokale Präventionsarbeit, wie sie bereits erfolgreich in Bremerhaven und Bremen-Nord praktiziert wird, in den Stadtteilen fördern und unterstützen und dabei eng mit den Ortsämtern und Beiräten zusammenarbeiten. Außerdem setzen wir weiterhin auf die wichtige Arbeit der Polizei in den Stadtteilen insbesondere durch die Kontaktpolizisten".

22

Ausgangslage Politischer Wille

Beiräte, Demokratie und Bürgerbeteiligung - *Bürgerschaftliches Engagement*

„Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist für uns von zentraler Bedeutung auch für die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in Bremen und Bremerhaven. Diese Arbeit zu unterstützen und Wert zu schätzen, halten wir in einer modernen Demokratie für unverzichtbar. Wir wollen die Bedingungen für das Engagement und die Engagement fördernden Organisationen in unseren Städten verbessern".

23

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

- Wie lässt sich Kommunale Kriminalprävention angesichts dieser Ausgangslagen nun steuern?:

Nicht einfach nach …

Berechenbarkeit	wissen, was die Zukunft bringt
Linearität	keine Abweichungen, nur Normalfälle
Serialität	wiederholung

sondern durch …

Selektivität	auf bestimmte Punkte ausgerichtet
Selbstreferenzialität	auf Eigenkomplexität ausgerichtet
Metaregeln	auf tradierte Regeln ausgerichtet

24

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Eine Form der Steuerung sind:

Netzwerke statt Markt und Hierarchie

Merkmal:	Form der Kooperations- und Koordinationsmechanismen:		
	Markt	Hierarchie	Netzwerk
normative Basis	Vertrag: Eigentumsrechte	Anstellung: Weisungsrechte	Komplementarität: Austausch
Leitdifferenz	Preise	Positionen	Relationen
Beziehung der Akteure	Unabhängigkeit	einseitig abhängig	wechselseitig abhängig
Operationsmedium	Geld	Macht	Wissen
Modus der Interaktion	Indifferenz und Opportunismus	Indifferenz und Misstrauen	Interessiertheit und Vertrauen

(Quelle: Willke 2005, S. 140)

25

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

- Des weiteren werden in der Netzwerkliteratur immer wieder folgende Implikationen für die Netzwerksteuerung genannt:
  - Kooperation
  - Vertrauen
  - Selbstverpflichtung
  - Verlässlichkeit
  - Verhandlung
  - Relationale Verträge
  - Dauerhafter Beziehungszusammenhang

26

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Die Frage ist:

Funktioniert diese idealtypische Vorstellung?
Vor allem auch unter und mit Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen?

Betroffene zu Beteiligten zu machen, ist ein Ansinnen der Netzwerkarbeit.

Über einen partizipativen Ansatz soll nicht nur das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden; man ist sich auch darüber im Klaren, dass tragfähige Lösungen nur im Austausch mit den Politikadressierten entwickelt werden können. Ihre Expertise, bezogen auf konkrete Probleme und deren lokale Kontexte, sowie ihre Ideen zu Veränderungsmöglichkeiten und –ansatzpunkten sind Voraussetzungen für die Entwicklung tauglicher und praktikabler Ansätze. Und mindestens ebenso ist man bei deren Umsetzung auf Akzeptanz und aktive Mitwirkung lokaler Initiativgruppen angewiesen.

27

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

- Offenkundig gibt es zunächst einmal immer wieder individuelle wie strukturelle Hürden:

Individuelle Hürden:	Strukturelle Hürden:
Fehlende Erfolgsaussichten	Mangelnde Akzeptanz der Kommunalen Kriminalprävention
Fehlende Anerkennung	Diskrepanz zwischen Wort und Tat
Fehlendes Engagement	Limitierte Ressourcen
Fehlende Ressourcen	Unklare/fehlende Zuständigkeiten
Fehlende Zeit	Ständige Reformen
	Fehlende Nachhaltigkeit
	Beschränkte Entscheidungskompetenz der Beteiligten
	Einseitige Zusammensetzung der Gremien
	Ungleiche Machtverhältnisse
	Favorisierung der Eigengruppe

28

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Insgesamt muss festgehalten werden:

- Netzwerkarbeit führt nicht notwendigerweise zur **Beschleunigung** von Prozessen.
- Auch ist das Netzwerkhandeln nicht immer besonders **innovativ**.
- Oft kommen die Beteiligten über den „kleinsten gemeinsamen Nenner" nicht hinaus.

29

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Allerorts und mit zyklisch wiederkehrender Regelmäßigkeit sind zu beobachten:

- Das Aufbrechen von Interessendivergenzen
- Die Entstehung von Machtansprüchen
- Konkurrenzverhalten
- Abgrenzungstendenzen
- Kommunikationsblockaden
- Frustrationserfahrungen
- Rückzugsverhalten
- Trittbrettfahrermentalität

Multiakteursnetzwerke befinden sich also **in keinen völlig herrschaftsfreien Räumen**, auch dann nicht, wenn sie auf horizontaler Operationsebene angelegt sind.

30

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

- Dennoch gibt es auch individuelle wie strukturelle Erfolgsfaktoren

Individuelle Erfolgsfaktoren :	Strukturelle Erfolgsfaktoren :
Neutraler und interdisziplinärer Netzwerkkoordinator/in	Zurückstellen von Lokal- bzw. Verbandsegoismen
Know-How in der Netzwerkbildung und Netzwerkfunktion	Frühzeitige Entwicklung einer Geschäftsgrundlage inkl. Zuständigkeiten, Aufgabenspektrum und Zielbestimmung
Gegenseitiger Respekt der Akteur/innen	Grundfinanzierung
Viele persönliche Kontakte	Gut funktionierender Informationsaustausch zwischen den Akteur/innen
Grundvertrauen der beteiligten Netzwerkakteure	Regelmäßige Reflektion des Netzwerkes
Win-Win Orientierung der Akteure	
Konsensorientiertes Arbeiten	

31

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

- Hinsichtlich der Kompetenzentwicklung in der Kommunalen Kriminalprävention sollte mit Blick auf das Kernelement Vernetzung besonders in Konzeptentwicklungsphasen (zu neuen Entwicklungen, Fragestellungen, Projekten etc.) das bestehende oder zu gründende Netzwerk unter Bürgerbeteiligung reflektiert werden.

32

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Eine Möglichkeit der Netzwerkreflexion stellt die Ressourcen-Analyse dar:

- Beteiligte und zu beteiligende Einrichtungen
- Infrastruktur
- Finanzielle Ressourcen
- Zeitbudget
- Spezifische Kenntnisse und Kompetenzen
- Berücksichtigung spezifischer Interessen an inhaltlichen Schwerpunkten
- Kooptierung neuer Mitglieder

33

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Dennoch, wenn bei einigen Erfolgsbedingungen wir eher Anzeichen von **Netzwerkversagen** oder auch **mangelnder Bürgerbeteiligung** im kommunalen kriminalpräventiven Feld feststellen können, könnte es gelingen, Fehlentwicklungen und Krisenphänomene explizit zum Ausgangspunkt für die Arbeit an der Weiterentwicklung und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit von Netzwerken zu machen.

Denn, wie Brecht es formulierte:

„Umwälzungen finden in Sackgassen statt."

34

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

In netzwerkförmigen Verbundstrukturen sind daher neue Formen des Umgangs mit **„Fehlern"** wie Fehlwahrnehmungen, Fehlinterpretationen, Fehlentscheidungen, mit fehlenden Abstimmungen und Übereinstimmungen zu entwickeln.

An Handeln, das die gewünschten Wirkungen nicht oder gar negative Effekte ausgelöst hat, müssen **Feedback-Schleifen** anschließen, die stereotype Strategien zwischen **Nichtbefassung** und **Schuldzuweisung** überwinden helfen.

35

Netzwerksteuerung in der Kommunalen Kriminalprävention

Und vielleicht hilft das ja auch ein bisschen …

… nur die Liebe hat die Geduld, die Fehler auszuhalten, die wir nicht ändern können … (Jelinek)

36

HfÖ
Hochschule für
Öffentliche Verwaltung Bremen
IPOS
Alexander Bähr M.A
Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung
Alexander.Baehr@hfoev.bremen.de
0421-361-59168
Dr. Rainer Hoffmann
Hochschule für Öffentliche Verwaltung
Bremen
Rainer.Hoffmann@hfoev.bremen.de
0421-361-5118
Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit
37